

FREIHEIT UND RECHT

Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie und Widerstand gegen Diktatur

Herausgeber: Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern)

Dezember 2010/3+4

Europas Demokratie und ihre Feinde

Extremistische Parteien in den EU-Staaten – Ein Überblick

Von Tom Thieme

Zwanzig Jahre nach der revolutionären Überwindung des „realexistierenden Sozialismus“ hat sich die Demokratie in Europa – von wenigen autoritären (Weißrussland) und semidemokratischen (Russland, Ukraine) Ausnahmen im ehemaligen Sowjetreich abgesehen – weitgehend durchgesetzt. Dominierten die Schrecken von Nationalsozialismus und Kommunismus das „kurze“ 20. Jahrhundert, leben heute so viele Bewohner des alten Kontinents in Freiheit und Sicherheit wie noch nie zuvor in seiner Geschichte. Eigen- und fremdbestimmte Diktaturen wandelten sich zu selbstbewussten Demokratien, aus historischer Feindschaft wuchs freundschaftliche Partnerschaft, trat an die Stelle von Einparteienherrschaft gesellschaftlicher Pluralismus, ersetzte Rechtssicherheit staatliche Repression. Aus historischer Perspektive ist die Geschichte der mittlerweile 27 Staaten umfassenden Europäischen Union somit eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Doch die Befriedung und Demokratisierung im „alten“ wie im „neuen“ Europa führten nicht überall zur Akzeptanz von Pluralismus und Liberalismus, zusätzlich getrübt von den Folgen der anhaltenden weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Zahl und Vielfalt



Der Autor

Dr. phil. Tom Thieme ist seit 2007 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft an der TU Chemnitz. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören Parteien-, Extremismus- und Transformationsforschung. Der vorliegende Beitrag stützt sich auf die Ergebnisse des Sammelbandes „Extremismus in den EU-Staaten“ (herausgegeben von Eckhard Jesse und Tom Thieme), der Anfang 2011 im VS-Verlag erscheint.

der Feinde der Demokratie scheint mit Blick auf die verschiedenen Extremismusvarianten eher zu- als abgenommen zu haben. Neben „klassischen“ Rechts- und Linksextremismen existieren religiös-fundamentalistische Strömungen und ethno-regionalistische Kräfte; dazu treten Mischformen, einerseits zwischen den unterschiedlichen Antisystemkräften, andererseits in einer Art Grauzonenbereich zwischen Demokratie und Extremismus. Ein Vergleich der verschiedenen Formen, Ausprägungen und Potenziale extremistischer Parteien in 24 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ist Gegenstand dieses Beitrags.¹

1. Theoretische Grundlagen

Einen Überblick über extremistische Parteien in Europa zu geben, ist aus mehreren Gründen problematisch und kann an dieser Stelle nur stark verkürzt erfolgen. Zum einen liegt das an der Vielgestaltigkeit extremistischer Phänomene. Sie unterscheiden sich in ihren ideologischen Ausrichtungen („brauner“, „roter“ und „grüner“ Extremismus), in ihren Organisationsformen (Kader- und Sammlungsparteien), in ihrem Aktionismus (diskursorientiert oder gewaltbereit) und in ihrem Intensitätsgrad (harte und weiche Extre-

(Fortsetzung auf Seite 18)

Inhaltsverzeichnis

Tom Thieme Europas Demokratie und ihre Feinde Extremistische Parteien in den EU-Staaten	Seite 6
Bayern: Schwarz und Rot gemeinsam gegen Braun?	Seite 2
Impressum	Seite 2
Stephan G. Thomas wäre heuer 100	Seite 3
Trauer um Benno von Heynitz	Seite 3
Gerald Wiemers 20 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit	Seite 4
Armin Pfahl-Traugher Wie steht es mit Demokratie und Freiheit? Kritische Anmerkungen zum Programmentwurf von „Die Linke“	Seite 5
Dorit Seichter Zwischen Verklärung und Aufklärung	Seite 7
Hans-Jürgen Grasmann Gerichte geben Tätern ein Gesicht	Seite 9
Gerald Wiemers Vom sowjetischen Lager ins „Gelbe Elend“ in Bautzen Dr. med. Joachim Haager	Seite 12
Ernst Eichengrün Der Islam und wir	Seite 14
<i>Fortsetzung von Seite 1</i> Tom Thieme Europas Demokratie Und ihre Feinde	Seite 18
Neuerscheinungen	Seite 25

Bayern: Schwarz und Rot gemeinsam gegen Braun?

In der Sache ziehen CSU und SPD an einem Strang, wenn es um den Kampf gegen den Extremismus und besonders gegen seine unverhüllteste Variante, die NPD, geht. Die beiden größten demokratischen Parteien im Landtag streben ein Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht an. Maßgebliche Äußerungen von diesem Jahr aus beiden Lagern, dem christsozialen und dem sozialdemokratischen, sprechen dafür, dass die Entschlossenheit im Süden der Republik groß ist. Jetzt wollen viele Bürger – nicht zuletzt die überlebenden Opfer der beiden Diktaturen von 1933 bis 1989 – auch Taten sehen.

So beschäftigte sich Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) in seiner Rede anlässlich des 65. Jahrestags der Befreiung des Konzentrationslagers Flossenbürg (s. FREIHEIT UND RECHT, Juni 2010/2, S. 5) nicht ausschließlich mit der Geschichte, sondern recht ausgiebig auch mit der Aktualität der Demokratie und ihrer Feinde. Und wörtlich führte Herrmann aus: „Information und Prävention allein aber genügen nicht. Ich sehe in den demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Vorstellungen der NPD eine erhebliche Gefahren-

quelle. Die NPD ist eine zentrale organisatorische Plattform für viele Rechtsextremisten in Deutschland. ... Damit sie endgültig aus der Parteienlandschaft verschwindet, werde ich mich weiterhin für ein Verbot der NPD einsetzen.“

Und die bayerische SPD möchte mit einem Antrag im Landtag ein NPD-Verbotsverfahren erreichen. Die SPD-Fraktion hat auf Initiative des oberfränkischen Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein einen Antrag eingebracht, der die Staatsregierung zu einer Bundesratsinitiative auffordert mit dem Ziel, die Verfassungswidrigkeit der NPD festzustellen und damit verbieten zu können. Wie Rabenstein feststellt, hat die NPD, die eindeutig verfassungsfeindliche Gesinnungen an den Tag legt, durch den Parteienstatus Privilegien, die eigentlich demokratischen Parteien vorbehalten sein sollten. Rabenstein: „Ein NPD-Verbot ist daher ein wichtiges Instrument im Kampf gegen Rechts-Extremismus, wenngleich dies nicht alle Probleme lösen wird. Aber dieser Schritt muss endlich gemacht werden, um dieser verfassungsfeindlichen Partei zumindest den Handlungsspielraum zu beschränken.“
J. M.

FREIHEIT UND RECHT

Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie
und Widerstand gegen Diktatur

ISSN 05326605

Herausgeber: Dr. h.c. Annemarie Renger †
Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e.V., www.bwv-bayern.org
Vorsitzender: Bertold Kamm, Schlaunstraße 21, 90480 Nürnberg
Redaktion: Jürgen Maruhn, Tel. 089/1576813, E-Mail: juergen.maruhn@gmx.de
Druck: Verlag Nürnberger Presse Druckhaus Nürnberg.

Das Bezugsgeld ist bei den Mitgliedern des BWV-Bayern durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Mit dem Bezug unserer Vierteljahresschrift ist aber keine Mitgliedschaft im BWV-Bayern verbunden.

Alle Nachrichten werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Mit dem Namen des Verfassers gezeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 1. Febr. 2011

Liebe Leserinnen und Leser,

wieder verbinden wir den Dank für bisher geleistete Spenden mit der eindringlichen Bitte um weitere.

Ab 20,00 EURO erhalten Sie automatisch eine vom Finanzamt anerkannte Spendenquittung, bei einem ebenfalls hoch willkommenen kleineren Spendenbetrag senden wir eine Spendenquittung auf Wunsch

(Anschrift siehe Impressum, E-Mail: bertoldkamm@web.de).

Die Konto-Angaben lauten:
FREIHEIT UND RECHT,
Konto-Nr. 0107982496, BLZ 701 900 00,
Münchner Bank.

Mit freundlichen Grüßen

Der Herausgeber

Stephan G. Thomas (1910 – 1987) wäre heuer 100

Stephan Thomas, einstiger Chef des legendären Ostbüros der SPD, wäre im September dieses Jahres hundert Jahre alt geworden. Doch so viel hätte es gar nicht gebraucht. 80 Jahre und ein paar Monate hätten ihm genügt, um seinen Traum von der deutschen Einheit in Freiheit zu seinen Lebzeiten in Erfüllung gehen zu lassen.

Mehr zu Stephan Thomas und zum Ostbüro der SPD berichtet **FREIHEIT UND RECHT** in der nächsten Ausgabe.

Trauer um Benno von Heynitz

Benno von Heynitz, 1924 – 2010, Mitbegründer des Bautzen-Komitees und Initiator der Gründung der Gedenkstätte Bautzen, ist am 29. Oktober 2010 verstorben.

Noch während der friedlichen Revolution in der DDR 1989/90 initiierte Benno von Heynitz die Gründung des Bautzen-Komitees, den Verein ehemaliger politischer Häftlinge der Bautzener Gefängnisse. Als langjähriger Vorsitzender des Komitees wirkte von Heynitz bei der Suche nach Massengräbern auf dem Bautzener Karnickelberg, der Anlage einer würdigen Gräberstätte, der Errichtung einer Gedenkkapelle und nicht zuletzt bei der Errichtung der Gedenkstätte Bautzen mit.

Für seine hervorragenden Verdienste um Demokratie und Menschenrechte verliehen ihm das Land Hessen 2007 die Wilhelm-Leuschner-Medaille und Bundespräsident Horst Köhler 2009 das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse.

Der sozialdemokratische Jurist Benno von Heynitz setzte sich seit frühester Jugend für Freiheit und Recht ein. Nach dem Zweiten Weltkrieg kämpfte er gegen die Etablierung des kommunistischen Regimes in der sowjetischen Besatzungszone. Er prangerte die Verletzung der Menschenrechte an, kämpfte gegen die Liquidierung

(eine Lieblingsvokabel kommunistischer Spitzenfunktionäre) der SPD in Gestalt einer Zwangsfusion mit der KPD und beteiligte sich maßgeblich am Aufbau eines Widerstandsnetzes, das auch in Berlin (West) und in den drei Westzonen bekannt wurde und erhebliches Aufsehen erregte. Nun war es unter den Augen der Westmedien nicht mehr möglich, den „Feind“ Benno von Heynitz leise in den Weiten Sibiriens auf ewig verschwinden zu lassen. 1947 wurde er von einem sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Haft verurteilt. Anklagepunkt: „Sozialdemokratismus“. Für sein freiheitliches Engagement büßte er zehn Jahre als politischer Häftling in den Lagern und Gefängnissen der SBZ/DDR, unter anderem im „Gelben Elend“ in Bautzen.

Bereits unter den Nationalsozialisten musste die Familie von Heynitz großes Leid erfahren. Benno von Heynitz' älterer Bruder Wichard wurde als Behinderter seit 1937 in Heimen untergebracht. 1941 wurde er in der Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein ermordet.

So nimmt es nicht wunder, dass auch Benno von Heynitz die Auffassung vertrat, dass die Auseinandersetzung mit Kommunismus, Nationalsozialismus und Faschismus in Kombination miteinander stattfinden müsse.

20 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit

Wollte eine Vierteljahresschrift wie diese über alle relevanten Veranstaltungen zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit mit der vorausgegangenen Revolution berichten, mehrere Doppelnummern würden nicht ausreichen. Also wurde ein einziges Seminar ausgewählt, bei dem alles stimmte: der Veranstaltungsort Leipzig, die Stadt der Revolution und des unvergesslichen Rufes „Wir sind das Volk“ – der Veranstalter, die Friedrich-Ebert-Stiftung, deren Name die „Feindliste“ der SED zierte – die Kerngruppe der Teilnehmer, einstige politische Häftlinge, und der hochkarätige Berichterstatter, der die Beerdigung des Verdummungsbegriffs „Wende“ hervorhebt.

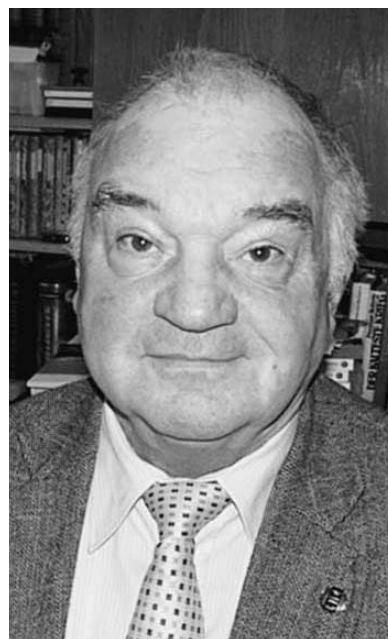
Von Gerald Wiemers

Unter diesem Motto hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung den sozialdemokratischen Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge in der SBZ/DDR mit ihrem Vorsitzenden Lothar Otter zu einem Seminar vom 20.-24. September 2010 nach Leipzig eingeladen. Durch das anspruchsvolle und vielseitige Programm führte Bastian Schulz. Am Anreisetag berichtete Gunter Weißgerber über seine Arbeit im Bundestag und sprach zu aktuellen bundespolitischen Fragen. Am nächsten Tag fuhren die Seminarteilnehmer nach Dresden und diskutierten mit den Landtagsabgeordneten der SPD-Fraktion Sabine Friedel und Hanka Kliese. Im Herbert-Wehner-Bildungswerk hielt der Leiter, Dr. Christoph Meyer, einen Vortrag: „Der rote Faden – Herbert Wehner und die Gefangenen“. Durch die Anwesenheit von Greta Wehner, der Witwe von Herbert Wehner, erhielt die Veranstaltung besondere Authentizität.

Zur Diskussionsrunde mit Prof. Dr. Rainer Eckert, dem Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums in Leipzig, hatten sich am Donnerstag über 20 Teilnehmer und Gäste zusammengefunden, darunter der Generalarzt a.D. Dr. Horst Hennig und der ehemalige Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Wolfgang Göpel. Prof. Eckert zog eine ein-

drucksvolle Bilanz seines Hauses. Allein im letzten Jahr haben 230 Veranstaltungen stattgefunden. Im Mittelpunkt dieses Jahres steht die Geschichte der friedlichen Revolution von 1989. 20 Jahre sind Anlass genug, einen Rückblick auf den Herbst 89 und die deutsche Wiedervereinigung zu wagen, die mit dem von Krenz geprägten Begriff der „Wende“ unzutreffend bestimmt ist. Es war die erste erfolgreiche deutsche Revolution. Prof. Eckert erläuterte überzeugend die herausragende Rolle von Leipzig in diesem revolutionären Prozess. In der lebhaften Debatte wurde zu dem neuzeitlichen Revolutionsbegriff und zur Rolle der Ideologien diskutiert.

Mit einer Führung durch das Bundesverwaltungsgericht in den vorzüglich restaurierten Räumen des früheren Deutschen Reichsgerichts konnten die Seminarteilnehmer ein Stück Gewaltenteilung, eine der Säulen der Demokratie, unmittelbar wahrnehmen. Ein weiteren Höhepunkt ergab das Gespräch mit dem Vorsitzenden des „Zentralverbandes Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisation“, Dr. Jürgen Grasemann. Im Mittelpunkt stand die Erfassungsstelle Salzgitter zur strafrechtlichen Verfolgung von Verbrechen in der ehemaligen DDR. Inzwischen sind



Der Autor

Professor Dr. Gerald Wiemers ist Historiker und Archiwissenschaftler. Seine Spezialgebiete sind Jugendwiderstand unter der SED-Diktatur sowie Wirken und Verfolgung jüdischer Wissenschaftler an der Universität Leipzig. Kürzlich erschien der sechste Band der Sächsischen Lebensbilder, für den Prof. Wiemers verantwortlich zeichnet.

die Unterlagen an die zuständigen Staatsanwaltschaften übergeben worden. Von 1988-1994 war Jürgen Grasemann stellvertretender Leiter der Erfassungsstelle: „Wir waren das schlechte Gewissen der DDR und Symbol für die Abnormität in Deutschland.“ Daran schloß sich eine Diskussion an über die „Sozialistische Jugend – Die Falken, Landesverband Sachsen“ mit dem Vorstandsmitglied Eric Mieth.

Abschließend konnte Matthias Eisel, Leiter der Leipziger Filiale der Friedrich-Ebert-Stiftung, ein positives Fazit ziehen.

Wie steht es mit Demokratie und Freiheit?

Kritische Anmerkungen zum Programmmentwurf der Partei „Die Linke“ (2010)

Von Armin Pfahl-Traugber

1. Einleitung

„In der neuen ‚Linken‘ scheint die Neu- bzw. Rückbesinnung auf ‚das Kollektive‘, ‚die Massen‘ und ihre Gleichheit zu reüssieren, und manche glauben dabei, man könne den Freiheitsbegriff und die Individualität getrost ‚den anderen‘ überlassen.“ Diese Einschätzung formulierte Klaus Lederer, Berliner Landesvorsitzender der Partei „Die Linke“ in den „Blättern für deutsche und internationale Politik (Nr. 7 vom Juli 2009, S. 98). Und weiter bemerkte er dort: „Diese Herablassung gegenüber Individualismus und individuellen Freiheitsrechten ist eine unschöne linke Tradition.“ Um so wichtiger ist es angesichts dieser – durchaus aner kennenswert selbstkritischen – Einschätzung danach zu fragen, wie es „Die Linke“ mit Demokratie und Freiheit hält. Dazu bietet sich ein kritischer Blick in den „Ersten Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE“ von der Programmkommission an. Aus dessen Text lassen sich zwar nicht allein die eigentlichen Grundpositionen ableiten, aber immerhin steht er für das öffentliche Selbstverständnis einer politischen Organisation.

2. Bejahung des „Demokratischen Sozialismus“

An mehreren Stellen des Entwurfs bekennt man sich zu einem „demokratischen Sozialismus“ (S. 3, 11, 14, 25), was angesichts der vorherigen Bezeichnung eines Teils der Partei als „Partei des demokratischen Sozialismus“ nicht verwundern kann. Kritiker verwiesen mitunter darauf, dass „Demokratie“ und „Sozialis-

mus“ einen Gegensatz bildeten und es demgemäss keinen „demokratischen Sozialismus“ geben könne. Dieser Auffassung kann man bei einer Gleichsetzung von „Sozialismus“ mit politischen Systemen wie der DDR zustimmen. Es gibt aber sehr wohl eine Tradition des „demokratischen Sozialismus“ im Sinne moderner demokratischer Verfassungsstaaten. Als dessen „geistiger Vater“ gilt Eduard Bernstein, der für einen parlamentarischen, reformerischen und schrittweisen Weg zum Sozialismus eintrat. Im Entwurf für das neue Parteiprogramm bezieht man sich aber nicht auf Bernstein, sondern auf Rosa Luxemburg. Sie war aber eine erklärte Gegnerin dieses „demokratischen Sozialismus“ und eine Protagonistin klassischer Revolutionsforderungen.

3. Forderung nach „Systemwechsel“ I: Wirtschaft

Bereits zu Beginn spricht der Programmmentwurf davon, dass man angesichts von sozialen Missständen und Ungerechtigkeiten eine bessere Zukunft anstrebe. Dabei handelt es sich in einer offenen und pluralistischen Gesellschaft um ein mitunter sogar gebotenes, zumindest aber legitimes Anliegen. Bei der Partei „Die Linke“ geht diese Auffassung allerdings mit der Einforderung des „Systemwechsels“ einher, heißt es doch im Text: „Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem“ oder: „Wir kämpfen für einen Systemwechsel, weil der Kapitalismus, der auf Ungleichheit, Ausbeutung, Expansion und Konkurrenz beruht, mit diesen Zielen unvereinbar ist.“

(S. 3). Demnach soll der Kapitalismus grundlegend durch den Sozialismus überwunden werden. Diese Zielsetzung muss nicht gegen die Minimalbedingungen demokratischer Verfassungsstaaten gerichtet sein, da diese mit dem Bezug auf Grundrechte, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität keine Aussagen zur Wirtschaftspolitik enthalten.

4. Forderung nach „Systemwechsel“ II: Politik

In einem Punkt könnte allerdings eine entsprechende Zuordnung erfolgen: Zu den Grundrechten gehört auch das Recht auf Eigentum. Eine Enteignung ohne angemessene Entschädigung im Rahmen eines Übergangs zum Sozialismus würde demnach schon einen Verstoß gegen die erwähnten Prinzipien darstellen. Zu den damit verbundenen Fragen gibt es aber im Programm keine Aussagen. Da man sich an anderer Stelle positiv auf Karl Marx und Friedrich Engels bezieht (S. 5) und beide im Kontext ihres Basis-Überbau-Modells einen direkten und kausalen Zusammenhang von der Ökonomie auf die Politik postulierten, lässt sich hier aber wie folgt argumentieren: Die rigorose Veränderung der wirtschaftlichen Grundlage der Gesellschaft schließt notwendigerweise in dieser Perspektive auch die rigorose Veränderung der politischen Grundlage der Gesellschaft ein. Dazu findet man im Programmmentwurf aber keine dezidierten Aussagen. An anderer Stelle ist eher diffus von der „Erneuerung als demokratischer und sozialer Rechtsstaat“ (S. 18) die Rede.

5. Berufung auf die „Klassiker“: Marx und Luxemburg

Beachtung verdient bei diesen Fragen auch die Berufung auf die „Klassiker“ in Gestalt von Marx und Engels (S. 5) sowie Luxemburg (S. 11). Für alle drei genannten Denker kann – unabhängig von unterschiedlichen Interpretationen in der Fachliteratur – gelten: Ihre politischen Theorien lassen sich in Gänze nicht mit den Normen und Regeln demokratischer Verfassungsstaaten in Einklang bringen: Die jeweils eingeforderte politische Homogenität schließt politischen Pluralismus aus; der propagierte Systemwandel richtete sich auch gegen die Teilung der Gewalten in einem Staat; und der Parlamentarismus sollte zugunsten einer Art „Rätemodell“ überwunden werden. Entgegen weit verbreiteter Auffassungen, die Luxemburg für eine „demokratische Kommunistin“ halten, bezog sich ihr Freiheitsverständnis nur auf das eigene sozialistische Lager und nicht auf alle politischen Kräfte. Bemerkenswert in diesem Kontext ist übrigens auch das, was fehlt: eine Berufung auf die „Klassiker“ eines „demokratischen Sozialismus“ im oben erwähnten Sinne.



Der Autor

Armin Pfahl-Traughber, geboren 1963, Dr. Phil., Dipl.-Pol., Dipl.-Soz., Professor an der Fachhochschule des Bundes, Brühl, Fachbereich öffentliche Sicherheit, Arbeitsfelder: Antisemitismus, Extremismus, Politische Theorie, Totalitarismus, Zeitgeschichte

6. Historisch-politische Selbstverortung

Überhaupt irritieren im Programmmentwurf die historisch-politischen Selbstverortungen, steht dort doch zu lesen: „DIE LINKE knüpft an linksdemokratische Positionen und Traditionen aus der sozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung“ an, oder: Die KPD gehöre „heute ebenso zum historischen Erbe der LINKEN wie die Geschichte der Sozialdemokratie“ (S. 5). Dies geht aber ideenhistorisch nicht auf: Die KPD und die SPD standen sich in der Weimarer Republik verfeindet gegenüber, da die KPD offen deren politische Ordnung bekämpfte und die SPD zeitweilig gar als „sozialfaschistisch“ ablehnte. Man kann sich daher nicht gleichzeitig auf die Tradition beider Parteien beziehen. Immerhin war die KPD zwischen 1928 und 1953 sogar stalinistisch ausgerichtet. Da die „kommunistische Arbeiterbewegung“ im ersten Zitat linksdemokratischen Positionen zugeordnet wird, müsste die Partei „Die Linke“ auch die KPD als demokratisch einschätzen, was wiederum interessante Rückschlüsse auf deren Demokratieverständnis erlaubt.

7. Deutung der DDR-Entwicklung

Aufmerksamkeit bezüglich historisch-politischer Aspekte verdienen auch die Ausführungen zur DDR. Man hebt die „Beseitigung von Arbeitslosigkeit“ und „ein umfassendes soziales Sicherungssystem“ positiv hervor, betont aber auch kritisch die „Erfahrungen staatlicher Willkür und eingeschränkter Freiheiten“. Außerdem heißt es „Reformansätze wurden ... autoritär abgewürgt“ oder „Demokratie blieb auf der Strecke“. Beachtung verdient in diesen Formulierungen das fehlende Subjekt: Wer trug die Verantwortung für die Fehler, worauf müssen die Entwicklungen zurückgeführt werden? Man formuliert zwar, der „Sozialismusversuch“ sei von „einer Staats- und Parteiführung autoritär gesteuert“ worden. Ob diese Entwicklung mit moralischen Charakterdefiziten der Akteure oder mit Grundlagen in der

politischen Ideologie der Partei zusammenhing, erörtert der Text nicht näher. Als Lehre bleibt dann offenbar nur, dass die beabsichtigte Überwindung des Kapitalismus „von der großen Mehrheit des Volkes“ (S. 6) mitgetragen werden soll.

8. Forderungen jenseits des Grundgesetzes

Einen solchen politischen Weg beschwört man als unabdingbare Notwendigkeit, ist doch von einem Einsatz für eine grundlegende Umgestaltung“ auf dem „Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft“ die Rede. Bereits durchgesetzte demokratische, rechtsstaatliche und sozialstaatliche Errungenschaften gelten „als Ausgangspunkt für weitergehende Veränderungen“ (S. 23), was eben auch eine fundamentale Infragestellung der politischen und nicht nur der wirtschaftlichen Gegebenheiten bedeuten würde. Für die Ökonomie dürfte sich dies wohl nicht auf eine stärkere Orientierung auf die soziale Marktwirtschaft beschränken, gilt sie doch als „Kompromiss zwischen Lohnarbeit und Kapital ...“, der die Herrschaft des Kapitals nicht in Frage stellte“ (S. 7). Man müsste dann im politischen Bereich wohl auch über das Grundgesetz und die freiheitliche demokratische Grundordnung hinausgehen. Selbst ein formales Bekenntnis zu beiden findet man in dem Text nicht, obwohl es früher sogar Deutungen im Sinne eines Weges zum Sozialismus über das Grundgesetz gab (Abendroth).

9. Instrumentelles oder überzeugtes Demokratieverständnis

Sprechen hier aber nicht Forderungen nach einer Stärkung der partizipativen Demokratie und der individuellen Rechte für eine Akzeptanz der Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates? Eine solche offizielle Position konnte man auch bei der KPD, die im Programmmentwurf als „linksdemokratisch“ gilt, aber pro-stalinistisch war, in der Weimarer Republik und in der Bundesrepublik Deutschland ausmachen. Die Forderung nach Grundrechten und Partizipation hatte

aber nur einen instrumentellen Charakter, d. h. sie sollte die politischen Wirkungsmöglichkeiten der KPD als oppositionelle Kraft erhöhen. Als Partei an der Macht in Form der SED akzeptierte man beides noch nicht einmal für die eigenen Mitglieder. Ein ähnlich rein instrumentelles Verhältnis zu Grundrechten und Partizipation soll hier der Partei „Die Linke“ nicht pauschal unterstellt werden. Da sie aber zu diesen Fragen für die Zeit nach der Errichtung des Sozialismus keine Angaben macht, darf dies doch im Lichte der historischen Gesichtspunkte zumindest hinterfragt und problematisiert werden.

10. Keine Akzeptanz des antiextremistischen Konsens

Auch die Aussagen im Programmmentwurf zum Extremismus laden zu solchen Überlegungen ein: Eindeutig bringt man seine grundlegende Ablehnung des Rechtsextremismus zum Ausdruck (S. 20), welcher allerdings überwiegend unter der Bezeichnung „Faschismus“ firmiert. Damit erfolgt zumindest eine verbale Annäherung an das linksextremistische Verständnis: Dieses erkennt verständlicherweise nur eine Gefahr für die Demokratie von „rechts“, aber nicht von „links“. Das Thema „Linksextremismus“ kommt im gesamten Programmentext nicht vor. Man nimmt daher auch keine Abgrenzung zu entsprechenden Organisationen vor, was angesichts einer gelegentlichen Bündnispolitik mit Angehörigen der gewaltgeneigten Autonomen-Szene oder der marxistisch-leninistischen DKP nicht verwundern kann. Offenkundig akzeptiert der Text daher auch nicht den antiextremistischen Konsens im Sinne einer Abgrenzung eben auch von den „linken“ und nicht nur von den „rechten“ Feinden von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

11. Schlusswort

Bilanzierend betrachtet muss die Einstellung zu Demokratie und Freiheit im Programmmentwurf der Partei „Die Linke“ als ambivalent bis kritisch eingeschätzt werden. Zwar erkennt man sich an vielen Stellen des

Textes zur „Demokratie“, während man den Begriff „Freiheit“ kaum im Selbstverständnis verwendet. Es bleibt aber unklar, inwieweit das Bekenntnis zu Demokratie nur für die gegebene gegenwärtige Lage oder auch für die angestrebte zukünftige Situation gelten soll. Die Benennung von antidemokratischen Bestrebungen in der Geschichte als „linksdemokratisch“ spricht zumindest für ein absonderliches Demokratiever-

ständnis. Darüber sollten auch nicht diskussionswürdige Forderungen nach einer stärkeren Demokratisierung der Gesellschaft hinwegtäuschen, bedarf Freiheit als Grundwert doch in der Tat auch der Freiheit der Andersdenkenden. In einem allseitigen Sinne kann sich dies nicht auf die „Sozialisten“ beschränken, was die Partei „Die Linke“ um ihrer demokratietheoretischen Verortung willen auch verdeutlichen müsste.

Zwischen Verklärung und Aufklärung

Das verschwommene DDR-Bild bei ostdeutschen Jugendlichen

Von Dorit Seichter

Fast scheint es, als würden im Laufe der zwanzig Jahre deutscher Einheit die (vermeintlich) „guten“ Seiten der DDR einen festen Platz im historischen Gedächtnis finden, während die totalitären Züge des SED-Staates zunehmend verblassen. Beharrlich hält sich in manchen Köpfen ein verklärendes Bild.

Die Studie Klaus Schroeders über das DDR-Bild bei Jugendlichen fördert ernüchternde Tatsachen zutage.¹ Während ostdeutsche Schüler ein größeres Interesse am SED-Staat bekunden, der Wissensstand darüber in Ost und West stark differiert, bezeichnen sie häufiger – anders als westdeutsche Schüler – die DDR ausdrücklich nicht als „Diktatur“. Eine Befragung von 5.000 Schülern (70 Prozent der Teilnehmer waren Gymnasiasten) ergab nicht nur ein gespaltenes, sondern ebenso ein geschöntes DDR-Bild. Wenngleich die Messung von historischem Wissen problematisch ist, und zugleich die Erhebung in (nur) zwei ost- und zwei westdeutschen Bundesländern einen begrenzten Blick gestattet, wird deutlich, auch Schule vermittelt einen euphemis-

tischen Eindruck vom SED-Staat: vor allem in ostdeutschen Einrichtungen.

Kaum weniger erschreckend mutet der Umstand an, dass Jugendliche der DDR mehr gute als schlechte Seiten bescheinigen, hauptsächlich mit dem Fokus auf Sozialleistungen. Die Unterschiede zwischen Diktatur und Demokratie scheinen hingegen nur mangelhaft bekannt zu sein. Das mag einerseits ein Wissensdefizit aufzeigen, andererseits verbirgt sich dahinter eine undifferenzierte Sicht auf den Alltag sowie auf das Funktionieren des SED-Staates. Der Wert der Gleichheit wird höher geschätzt als der Wert der Freiheit. Dann geht es nicht um eine bloße Wissensfrage, sondern um die Frage der politischen Einstellung.

Woher beziehen Jugendliche Wissen über die DDR? Nachhaltig beeinflussen die Ansichten und Wertmaßstäbe des Elternhauses, der familiären Umgebung. Kinder, Heranwachsende ahmen Dialekte, Haltungen nach – nicht minder prägen wahrgenommene Frustrationen und Meinungen. Ein jeder trägt ei-

nen „Rucksack“ mit sich herum, in dem sich Werte, Meinungen, Moralvorstellungen und Erfahrungen sammeln. Im Laufe der Lebensjahre kann der Inhalt wechseln. Da wird Altes ausgeräumt, kommt Neues hinzu. Doch zunächst führen Jugendliche Übernommenes mit sich; noch, ohne frei werten oder urteilen zu können, denn oft fehlt es schlicht an dem dafür notwendigen Wissen. Der Arbeitsplatzverlust der Eltern, soziale Unterschiede, Notempfinden, gefühlte Ungleichheit – das mögen ebenso Gründe für Unzufriedenheit wie auch für politisches Desinteresse und – im schlimmsten Falle – für Hinwendung zu politischem Extremismus sein.

Eltern und Großeltern begegnen den Fragen der Jugendlichen über die DDR als Zeitzeugen. Die Schüler sollten sich dieses Umstandes und der subjektiven Färbung jedweder Erinnerungen bewusst sein. Nur eine scharfe Trennung zwischen persönlichen Lebensläufen, mit wertvollen Erinnerungen an eine schöne, ereignisreiche Jugendzeit, und den rationalen politischen Fakten über den SED-Staat ermöglichen ein objektives Bild über die DDR.

Neben dem Elternhaus, so bekunden die Schüler, stellt die Schule die wichtigste Informationsquelle über die DDR dar. Damit fällt den allgemeinbildenden Schulen eine große Verantwortung zu, denn damit obliegt hauptsächlich dem Unterricht, politische Bildung zu vermitteln und das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu entwickeln. Dessen scheinen sich die Lehrplangestalter bewusst zu sein. Zumindest begründen die Vorworte der Planwerke die unabdingbare Notwendigkeit eines differenzierten wie reflektierten Geschichtsbildes damit, dass Lehren aus der Vergangenheit ebenso gezogen wie Erfahrungen für die Gestaltung der Zukunft gewonnen werden.

Die Bundesländer setzen hinsichtlich historischer Fakten zur DDR-Geschichte unterschiedliche Prioritäten: sowohl im Stundenumfang als auch in der Auswahl der Schwerpunkte. Und inwiefern die Lehrplaninhalte im Unterricht tatsächlich Umsetzung finden, das ist nicht prüfbar. Während für Deutsch,



Die Autorin

Dorit Seichter, geb. 1965 in Reichenbach. Pädagogikstudium für Deutsch/Geschichte in Leipzig. Als Fachleiterin für Gesellschaftswissenschaften am Käthe-Kollwitz-Gymnasium Zwickau tätig. Initiatorin zahlreicher Schülerprojekte (Ausstellungen, Dokumentationen und Publikationen) zur deutschen Geschichte. Schwerpunkte: deutsch-jüdische Geschichte, Begegnungen mit Holocaust-Überlebenden, Zwickauer Juden, Verlegung der ersten „Stolpersteine“ in den ostdeutschen Bundesländern, DDR-Geschichte und Aufarbeitung der SED-Diktatur. Autorin des Buches „Salò. Das bewegte Leben eines Juden aus Sachsen“, Metropol Verlag, Berlin 2004.

Mathematik und Fremdsprachen bereits bundesweit Bildungsstandards existieren, lässt ein verbindlicher Kanon für historisches Wissen auf sich warten.

Bildungspolitik ist Ländersache. Weshalb gerade in einigen ostdeutschen Ländern, z.B. in Sachsen, junge Absolventen keine Anstellung finden, sich stattdessen gezwungen sehen, in den Westen abzuwandern, lässt sich keinesfalls allein mit der knappen Haushaltskasse begründen. Und nicht zuletzt verliert Sachsen junge, motivierte Lehrer, weil westdeutsche Bundesländer ihnen deutlich attraktivere Gehalts- und Berufsperspektiven bieten. Demnach

unterrichten Lehrer, die sich nicht selten beim Thema DDR in erzählende Zeitzeugen wandeln: vielleicht wegen der eigenen Biografie mitunter ebenso hin- und hergerissen oder blockiert wie die Eltern- und Großelterngeneration. Unlängst bekannte der Bildungsminister Brandenburgs, Holger Rupprecht (SPD), in seinem Land vollziehe sich die Aufarbeitung der DDR-Zeit nur schleppend, und viele Lehrer scheuten schlicht die Fragen der Schüler. Wer will schon als (ehemaliger) Angepasster gelten? Der Rahmenlehrplan weist alle wichtigen Fakten auf, doch das allein nützt wenig, wenn der Lehrer das Thema (aus Zeitgründen) ausspart.² Bleibt die leise Hoffnung, das ist ein Einzelfall.

Aus den Universitäten treffen Praktikanten, Lehramtsanwärter und Referendare auf den Unterrichtsalltag, deren historisches Wissen sehr partiell und oft auf exotische Themen spezialisiert ist. Relevante Schwerpunkte, wie historische Fakten über den SED-Staat, erarbeiten die Berufseinsteiger oft kurz vor der anstehenden Unterrichtsstunde: im zeit- und kraftraubenden Selbststudium. Sind die inhaltlichen Aspekte nicht verfügbar, muss ein Großteil an Energie dafür verwendet werden, den historischen Kenntnisstand aufzuarbeiten, dann bleibt für Pädagogik und Didaktik anfänglich nur wenig Platz. Vor allem steht die Frage: Vermitteln die Hochschulabsolventen Wissen über die DDR auf wissenschaftlichem Niveau?

Wenn die Öffentlichkeit, Politiker, Medien oder Lehrer die Vergleichbarkeit von politischen Systemen – wie etwa das der DDR mit dem des NS-Staates – mit Gleichsetzung verwechseln, also polemisieren statt analysieren, wird das Geschichtsbild verschoben, eine Aufarbeitung behindert. Historische Kenntnisse bilden das Fundament, auf dem demokratische Positionen, Überzeugungen und Handlungsmuster entstehen und bestehen. Eine konsequente Position und Reaktion gegenüber jeder Form von politischem Extremismus muss zur Selbstverständlichkeit werden. Ein beschönigendes DDR-Bild verzerrt die Realität, vertuscht die totalitären Züge des SED-Staates.

Es geht keinesfalls darum, DDR-Biografien zu entwerten, Lebensgeschichten zu be- oder zu verurteilen, es geht vielmehr um historische Fakten, die den Staat und seine Funktionsweise charakterisieren. Eine Partei, deren Machtapparat ein Volk gefangen hielt, die von Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität nichts hielt, Wahlergebnisse fälschte und Oppositionelle in Gefängnis sperrte, verdient eine genauere und kritische Betrachtung – nicht zuletzt, da ehemalige SED-Funktionäre weiterhin politisch aktiv sind. Unter gewandeltem Namen fusionierte die Nachfolgerin der DDR-Staatspartei schließlich mit Gleichgesinnten und auf Bundesebene zur Partei Die Linke: gehüllt in ein Demokratiemäntelchen, aber noch immer unfähig, begangenes DDR-Unrecht zuzugeben.

Neben dem Elternhaus und der Schule nutzen die Schüler die Me-

dien, vor allem das Fernsehen, als Informationsquellen über die DDR. Doch die Jugendlichen stehen ohne Grundwissen ratlos vor einer Informationsflut. Neben wissenschaftlich fundierten Reportagen und Dokumentationen über eine Vielfalt von DDR-Themen begegnen ihnen „Ostalgie“-Shows, schlechte „Event-Zweiteiler“ oder klischeehaft geprägte Beiträge. Sie müssen sich entscheiden: zwischen wertvollen Filmen und Produktionen, die an Volksverdummung grenzen.

Schule allein kann politische Bildung kaum leisten. In der Verantwortung stehen nicht zuletzt die Volksparteien, die es versäumen, junge Leute für ihre Ideen und Ziele zu begeistern. Demokratiefeindliche Parteien ergreifen gewandter die Initiative. Sie suchen die Nähe zu Jugendlichen, gewinnen deren Interesse, weil sie sich für deren Probleme öffnen, weil sie für die Sorgen einer

wachsenden Zahl junger Menschen, die um ihre Zukunft bangt, ein offenes Ohr zeigen – und das nicht nur vor Wahlen.

Es scheint, als vernachlässigen die demokratischen Parteien den eigenen Nachwuchs. Eine attraktive Jugendpolitik der Volksparteien, eine nachhaltige Politik, die soziale Sicherheit garantiert, Heranwachsende ernst nimmt und zur Mitgestaltung der demokratischen Gesellschaft motiviert – das sind die Wege, um stabile Grundhaltungen formen zu helfen. Unsere Gesellschaft ist herausgefordert, den jungen Menschen demokratische Werte und Grundhaltungen zu vermitteln. Denn es gibt sie, die interessierten und neugierigen Schüler, begierig auf Wissen und Herausforderungen! Wir müssen sie nur fördern, einbeziehen – gerade weil sie die Zukunft unserer demokratischen Gesellschaft gestalten (sollen).

Gerichte geben Tätern ein Gesicht

Wegweisende Urteile gegen Stasi-Spitzel

Von Hans-Jürgen Grasemann

I. Vorbemerkung

20 Jahre nach dem Ende des SED-Regimes müssen sich die Gerichte mit Klagen befassen, mit denen ehemalige Hauptamtliche und Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit die zivilrechtlichen Abwehrrechte des bürgerlichen Rechts gegen ihre Enttarnung und Identifizierung in Ausstellungen, Medienberichten und in Veröffentlichungen durch Stasi-Opfer in Anspruch nehmen. Dass gerade sie sich der Institutionen und Garantien des Rechtsstaates bedienen, die sie den Unterworfenen und Ausgelieferten ihrer Herrschaftsgewalt vorenthalten haben, löst verständliche Entrüstung nicht nur bei

den Opfern der zweiten deutschen Diktatur aus.

Der Erinnerung an Diktaturgegner wohnt seit jeher eine große historische, ethische, moralische und pädagogische Bedeutung inne. Ohne Einbeziehung der Täter und Handlanger eines Gewalt- und Unrechtssystems ist die gebotene erinnerungs- und geschichtspolitische Aufgabe freilich nicht erfüllt. „Ohne Namensnennung würden wir über Geschichte ohne Menschen reden“, hat Lutz Rathenow treffend formuliert.

Nach Abschluss der anhängigen Zivilverfahren ist noch immer nicht abschließend geklärt, ob über einen Inoffiziellen Mitarbeiter der Stasi,

der sein Leben längst neu eingerichtet hat, und seine frühere Zuarbeit für das Ministerium berichtet werden darf. Die Opfer von Stasi-Zuträgern und die Medien, die für die grundgesetzlich garantierte Pressefreiheit streiten, nehmen deshalb mit Genugtuung und Erleichterung die zunehmend erfolglosen Versuche einstiger Täter, das DDR-Unrecht und ihre Mitwirkung mit den Mitteln des Rechtsstaates aus der Geschichtsschreibung zu löschen, zur Kenntnis.

Denn in der Zivilgerichtsbarkeit findet stärkere Beachtung, dass Täter im Auftrag des MfS auch dann Täter sind, wenn sie wegen des Rückwirkungsverbots des Art. 103 Abs. 2 Grundgesetz strafrechtlich nicht zu belangen sind. Die jüngsten Urteile in Zwickau und in Berlin lassen Denunzianten, die sich in einem Strafprozess mangels Strafbestimmung ja nicht zu verantworten haben,

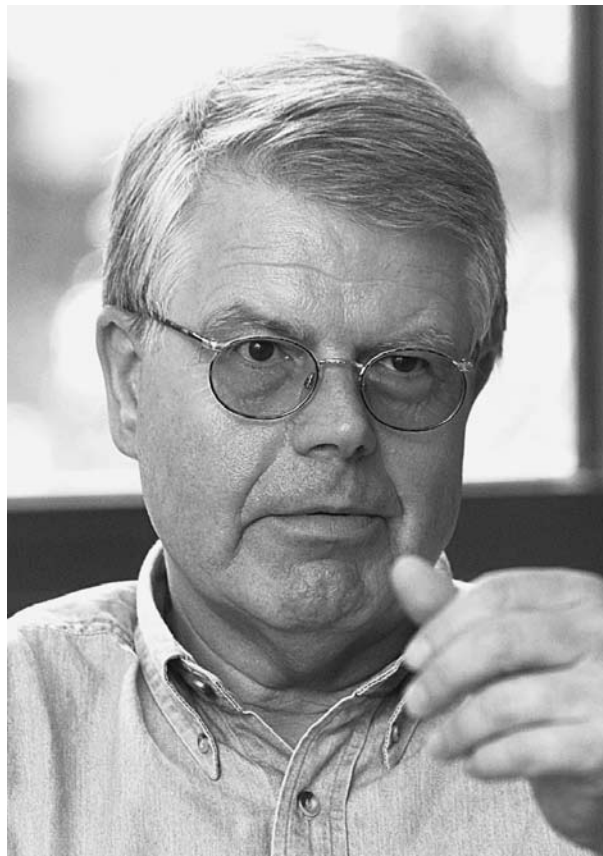
fürchten, dass auf juristischem Weg ihre Flucht in die Anonymität nicht mehr so leicht geebnet wird und das Licht der Öffentlichkeit sie aus ihrem Versteck holt.

II. Urteil des Landgerichts Zwickau

So hat das Landgericht Zwickau den lange währenden Rechtsstreit zwischen dem früheren Zwickauer Dompfarrer Edmund Kaebisch und Holm Singer („IM Schubert“) aus Neumark am 24. März 2010 durch Versäumnisurteil beendet (Az. 1 O 1275/08). Unter Beifallsbekundungen zahlreicher Zuhörer hat das Gericht festgestellt, dass entgegen der Abmahnung Singers Kaebisch es nicht zu unterlassen hat, „wörtlich, durch Ausstellungen, in Veranstaltungen jeglicher Art, in den Printmedien, mittels Videotechnik oder in sonstiger Weise zu behaupten oder zu verbreiten, dass es sich bei dem Beklagten um ‚IM Schubert‘ handelt sowie die personenbezogenen Akten des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR über den Beklagten zu verwenden“.

Der Tatbestand der rechtskräftigen Entscheidung liest sich wie eine Anklageschrift gegen „IM Schubert“. Schon wenige Monate nach seiner Verpflichtung 1980 habe die MfS-Kreisdienststelle Reichenbach anerkennend hervorgehoben, er passe sich „negativ feindlichen Personen“ geschickt an und gewinne deren Vertrauen. Sein operatives Wirken in der Jungen Gemeinde, der Evangelischen Studentengemeinde und anderen „reaktionären Kirchenkreisen“ hätten bald seine Einstufung zum „Inoffiziellen Mitarbeiter mit Feindberührung“ (IMB) nach sich gezogen. 1982 habe sein Einsatz zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens

gegen vier Personen wegen staatsfeindlicher Hetze geführt. In den „klerikalischen Untergrund“, in die ESG in Freiberg und die Friedensseminare in Königswalde sei er trotz fehlender religiöser Bindung eingedrungen. 1983 habe er sogar die Leitung des Friedensarbeitskreises der ESG Freiberg übernommen und als Student an der Bergakademie vertrauliche Beziehungen zum dortigen Studentenpfarrer hergestellt. Nach Teilnahme am Taufunterricht habe er sich seiner Legende entsprechend zum Schein im Juni 1984 taufen lassen.



Der Autor:

Dr. Hans-Jürgen Grasemann ist Oberstaatsanwalt in Braunschweig und war von 1988 bis 1994 Sprecher und stellv. Leiter der Zentralen Erfassungstelle Salzgitter. Seit 2006 Vorsitzender der Politischen Bildungsstätte Helmstedt e.V.

Als Judaslohn erhielt Singer verschiedene Vergünstigungen: 1980 eine Reise zu den Olympischen Spielen in die Sowjetunion im Wert von 1.600 M/DDR, 1983 eine Geldprämie in Höhe von 1.000 Kronen für eine Urlaubsreise in die CSSR,

1987 einen Kredit in Höhe von 8.000 M/DDR zur Finanzierung einer Wohnungseinrichtung, 1987 eine Sachzuwendung in Form eines 21 kW Forster-Heizkessels, der für Normalbürger beim VEB Baustoffversorgung kurzfristig nicht lieferbar war und einen Austauschmotor für einen Trabant 601, der im Handel nicht erhältlich war. 1985 erhielt er monatlich 100 M/DDR als „Zusatzgehalt“.

Der Wert dieser Zuwendungen spricht für die Bedeutung, die die Führungsoffiziere des MfS der Wühlarbeit ihres IMB beigemessen haben. Umso erstaunlicher ist, dass Singer zwar die Urkundsbeweise in den MfS-Akten nicht in Zweifel gezogen hat, dem Dompfarrer Kaebisch aber vorhielt, er schöpfe seine Informationen für die von ihm angegriffene Ausstellung in Reichenbach aus einer „illegalen Quelle“.

Der Urteilsbegründung des LG Zwickau zufolge besteht nach wie vor ein starkes öffentliches Interesse an der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, insbesondere an der früheren Tätigkeit des MfS:

„Der Untergang der DDR und die anschließende Wiedervereinigung der Bundesländer ist das wichtigste historische Ereignis in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945. Auf dem historischen Prüfstein stehen seitdem nicht nur die aktuellen Auswirkungen der Wiedervereinigung und die Gründe, die zum Untergang der DDR führten, sondern insbesondere auch die zahlreichen Verflechtungen des MfS. Das MfS ragte aus den staatlichen Einrichtungen und Institutionen der DDR

in besonderem Maß heraus und war zentraler Bestandteil des totalitären Machtanspruchs der DDR. Das MfS fungierte dabei als Instrument der politischen Kontrolle und Unterdrückung der eigenen Bevölkerung.“

Zum IM-Einsatz finden sich im Zwickauer Urteil deutliche Worte. Gerade die systematische und umfassende Ausforschung der eigenen Bevölkerung mit nachrichtendienstlichen Mitteln sei als besonders abstoßendes Herrschaftsinstrument des Einparteiensystems zu bezeichnen. Durch die Untersuchung der Funktion der Inoffiziellen Mitarbeiter für das MfS werde deutlich, welchen Gefahren Freiheitsrechte der Bürger ausgesetzt sind, wenn die Sicherungen eines sich selbst als Rechtsstaat bezeichnenden Staatswesens außer Kraft gesetzt sind: „Die behauptete Rechtsstaatlichkeit kann nur als Farce bezeichnet werden“. Das Interesse sei ungebrochen, die Tätigkeit der Inoffiziellen Mitarbeiter näher aufzuklären.

Einwänden von „IM Schubert“, der wie vor ihm andere Zuträger und Spitzel, die in die Zeretzungsmaßnahmen des MfS eingebunden waren, aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht das Recht auf Anonymität und „Resozialisierung“ für sich reklamiert hat, ist die 1. Zivilkammer des LG Zwickau mit dem Hinweis darauf entgegen getreten, dass die Bewertung der Tätigkeit des MfS nicht nur einem abstrakten allgemeinen Interesse diene, sondern in seiner vergleichenden Auseinandersetzung auch zu einem eigenständigen Verständnis der Bedeutung der nunmehr bestehenden freiheitlich-demokratischen Grundordnung führe:

„Es ist ... nicht zu beanstanden, dass die Vorgehensweise des MfS gleichsam auf den Einzelfall personalisiert und die Tätigkeit des Beklagten (Holm Singer) durch den Kläger (Edmund Kaebisch) unter voller Namensnennung konkretisiert wird. Gerade die anhand von Einzelschicksalen erfolgte Konkretisierung dient bekanntermaßen dazu, dass sich auch historische Laien leichter in ansonsten schwer zu verstehende historische Themen einarbeiten... Die konkretisierende Darstellung ermöglicht es mithin, das ganze Ausmaß der Verstrickung des MfS anhand eines Einzelschicksals deutlich zu machen und aufzuzeigen, auf welche Art und Weise das MfS in der Lage war, selbst

relativ geschlossene oppositionelle Kreise... zu unterwandern und zu manipulieren...“

Solange ein öffentliches Interesse an der historischen Aufklärung besteht, muss nach Auffassung des Zwickauer Gerichts ein früherer IM die Nennung seines Namens und die Darstellung seiner historisch relevanten Tätigkeit hinnehmen.

III. Das Kammergericht bleibt auf Kurs

In Berlin hat das Kammergericht seine Rechtsprechung zuungunsten von ehemaligen Inoffiziellen Mitarbeitern bekräftigt und am 19. Februar 2010 auf die Berufung des Zeitungsverlags Super-Illu das Urteil des Landgerichts Berlin vom 5. Februar 2009 (27 O 1112/08) aufgehoben (9 U 32/09). Super-Illu hatte im Juni 2008 über den öffentlich vorgestellten Partner der Schauspielerin Iris Berben, Heiko Kiesow, berichtet, der einst als Oberleutnant der Bereitschaftspolizei Potsdam-Eiche unter dem Decknamen IMS „Wilfried“ für die Stasi Kameraden bespitzelte, und war von Kiesow auf Unterlassung verklagt worden. Die antragsgemäß ergangene Entscheidung des Landgerichts hatte nicht wenige Redaktionen verunsichert.

Wenn sich die Partnerin des Klägers nach außen hin öffentlich und mit politischem Anspruch zu Werten wie Toleranz, Bürgerrechten usw. äußert, geschichtliches Vergangenheitsbewusstsein propagiert, für Minderheiten und gegen Verfolgung eintritt, gleichzeitig aber mit einem Mann liiert ist, der in der Vergangenheit dem deutlich widersprechende Werte vertreten haben muss, „indem er bewusst und willentlich Teil eines Spitzel-Apparates war, der die Menschen- und Bürgerrechte mit Füßen trat und Existenzen vernichtete“, interessiert das die Öffentlichkeit, urteilte das Kammergericht. Denn aus der Art und Weise des Umgangs mit diesem Teil der Vergangenheit ihres Partners könne sich der Leser auch ein Bild über Charakter und Ansichten der Schauspielerin machen und ob ein Idol oder Leitbild wie Iris Berben seinem öffentlich verkörperten Anspruch gerecht wird.

Den vom Landgericht herangezogenen Gesichtspunkt der Resozialisierung läßt das Kammergericht nicht gelten: „Der Kläger ist sozialisiert. Einer Resozialisierung bedarf es nicht“. Wer bei Preisverleihungen und Filmpremieren auf dem roten Teppich schreitet und für sich und seine prominente Begleiterin das Interesse vor allem des Boulevard sucht, verwirkt das Recht auf Zensur für die dunklen Seiten seiner Vergangenheit.

Wie schon die Vorinstanz hat auch das Kammergericht eine Interessenabwägung zwischen dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht und der Presse- und Informationsfreiheit vorgenommen, freilich mit anderer Bewertung. Dem 9. Zivilsenat zufolge müsse Kiesow die Berichterstattung über seine frühere Tätigkeit als IMS „Wilfried“ aushalten, weil die von der Beklagten herausgegebene Zeitschrift „Super-Illu“ die Persönlichkeitsrechte des Klägers nicht in rechtswidriger Weise verletzt hat und die aktuelle Berichterstattung Vorrang vor den Interessen des Klägers genießt.

Inzwischen haben sich auch das Fernsehmagazin KONTRASTE und ein Zeitungsredakteur in der Berufungsinstanz vor dem Kammergericht gegen Kiesow erfolgreich durchgesetzt. Das berühmteste Gericht Berlins bleibt auf Kurs!

IV. Schlussbemerkung

Es ist also weiterhin nicht die Aufgabe staatlicher Gerichte, unter die Aufarbeitung historischer Vorgänge einen Schlusstrich zu ziehen oder eine öffentliche Debatte für beendet zu erklären. „IM Schubert“ und „IM Wilfried“ sind nur zwei von 174.000 Inoffiziellen Mitarbeitern, die in ihrer Gesamtheit als „Atmungsorgane des MfS“ (Erich Mielke) das Überleben des SED-Regimes über Jahrzehnte ermöglicht hat. Die verkündeten und die künftigen Gerichtsentscheidungen tragen zur historischen Wahrheit und damit zur Aufarbeitung der vergangenen DDR-Diktatur bei. Soziale Ächtung oder Stigmatisierung müssen diese Täter im demokratischen Rechtsstaat nicht fürchten.

Vom sowjetischen Lager ins „Gelbe Elend“ in Bautzen

Dr. med. Joachim Haager, geboren am 25. August 1916 in Leipzig, gestorben am 5. Dezember 2009 in Duisburg

Von Gerald Wiemers

Besonders hoch ist der Anteil von Medizinstudenten und Ärzten an mitteldeutschen Universitäten, die politischen Widerstand gegen das SED-Regime leisteten. Einige konnten in die westlichen Besatzungszonen bzw. die Bundesrepublik fliehen, andere wurden hart bestraft. Zu den letzteren gehörte auch Dr. Joachim Haager aus Markkleeberg bei Leipzig. Über ihn ist wenig gesagt, manches ungenau. Dabei hat sich Joachim Haager in einem sehr eindrucksvollen Bericht 1992 über seine Verhaftung und Tätigkeit als gefangener Tuberkulose-Arzt im Zuchthaus Bautzen geäußert. Im Mittelpunkt steht darin aber nicht sein persönliches Schicksal, „sondern die allgemeinen Umstände, die Kranken“ und der Einsatz der Ärzte im DDR-Zuchthaus Bautzen. Nach seiner Erinnerung waren allein dort 15 Mediziner als Häftlingsärzte tätig, darunter Dr. Paul Hoffmann, verurteilt durch ein Sowjetisches Militärtribunal zu 20 Jahren Zwangsarbeitslager wegen angeblicher Spionage und illegaler Gruppenbildung. Hoffmann setzte die Isolierung der massenhaft an Tbc Erkrankten ebenso durch wie die Röntgenreihenuntersuchungen und eine schrittweise bessere Ernährung. Diese Reihenuntersuchungen übernahm Jochen Haager 1951 von Paul Hoffmann. Erinnerungen an einzelne Gefangene hat er nicht mehr. „Da ich die Röntgenuntersuchungen bei allen durchgeführt habe“, schreibt er rückblickend, „werde ich auch im Dunkeln“ den einen oder anderen gesehen haben. Dort erfuhr er, dass fast jeder vierte Insasse an dieser Krankheit leidet. Nach zwei Jahren

erkrankte er selbst an Lungen-Tbc und musste behandelt werden. Ihm wurde ein künstlicher Pneumothorax in der rechten Brust angelegt. Jochen Haager war arbeitsunfähig. In diesem Zustand wurde er im Januar 1954 aus Bautzen entlassen. Nach zehn Tagen in Leipzig flüchtete er zu seiner Familie nach Nürnberg. Dennoch war die Eingliederung ins zivile Leben nicht leicht. „Unter der weiteren Behandlung“, schreibt er, „besserte sich die Tbc, sodass ich ab 1. September 1954 wieder in einer Tbc-Heilstätte arbeiten konnte.“

Bereits 1945 hatte Jochen Haager Bekanntschaft mit dem sowjetrussischen Lagersystem gemacht, als er erst in amerikanische und anschließend in russische Gefangenschaft geriet. Bis Ende 1948 befand er sich vorwiegend in Lagern im Bereich von Archangelsk am Weißen Meer und arbeitete als Lagerarzt.

Geboren wurde Joachim Haager am 25. August 1916 in Leipzig-Marienbrunn. Die Familie zog bald in das nahe gelegene Markkleeberg. Nach der Grundschule besuchte Joachim Haager in Leipzig das Petri-Reformrealgymnasium und legte 1935 das Abitur ab. Das anschließende Medizinstudium in Berlin und ab 1938 in Leipzig, schloss er 1940 mit dem Staatsexamen in Berlin und 1941 mit der Promotion bei den Professoren Rudolf Mancke und Max Bürger in Leipzig ab. Ab Mai 1941 war Dr. Haager bei verschiedenen Truppenteilen im Fronteinsatz. Das Kriegsende erlebte er im Mai 1945 in der Nähe von Wien.

Im eigentlichen Sinne zu Hause, bei seiner Frau Monica (1920-2005),

die er am 7. Oktober 1944 geheiratet hatte, war Joachim Haager nur ein knappes Jahr. Seit dem 1. April 1949 arbeitete er als Assistenzarzt am Pathologischen Institut der Universität Leipzig. „Während eines Kurzurlaubs anlässlich der Schwangerschaft meiner Frau“, erinnert sich Joachim Haager fast 60 Jahre später, „wurde ich am 6. September 1949 nachts vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet.“ Gründe nannten sie keine. Mit viel Getöse waren vier sowjetische NKWD-Leute in die Wohnung in Markkleeberg eingedrungen. Seine Frau, die sich vier Wochen vor der Niederkunft befand, wurde nicht behelligt.

Im Sommer 1949 hatte Joachim Haager den 19-jährigen Abiturienten Dieter Kühne in Markkleeberg kennen gelernt, der ihm erzählte, dass er mit vier weiteren Schülern und einer Schülerin, alle von der wieder eröffneten Rudolf-Hildebrand-Schule, Flugblätter gegen die sowjetische Besatzung herstellte und verteilte. Mit dieser Gruppe kam Joachim Haager ins Gespräch und diskutierte mit den jungen Leuten über politische Fragen. Anfang September wurden alle verhaftet.

Joachim Haager wurde in eine Kellerzelle des NKWD in Leipzig-Connewitz, Windscheidstraße, transportiert. Hier blieb er fünf Tage unter primitivsten äußeren Bedingungen, ehe er mit anderen Gefangenen in einem Transportwagen nach Dresden in eine Kellerzelle des NKWD-Gefängnisses Bautzener Straße gebracht wurde. Dort wurde er mehrere Tage lang jede Nacht verhört. Vom 16.-17. Februar 1950 kam es dann zum Scheinprozess,

Vom Gulag nach Bautzen

Name (bei Frauen nach Geburtsname): Haager		Ort der Festnahme: Markkleeberg-West/Leipzig		Aktenzeichen: 6357/50	
Vorname: Joachim, Rolf		Letzte Wohnung: Markkleeberg-West/Leipzig Aug.-Bedelstr. 30		Tag der Festnahme: 6.6.1949	
Geburtstag und -ort: 25.8.16 Leipzig		Jetzige Anschrift der Familienangehörigen: B-126 Ehefrau: Monika H.		wo: Bautzen	
Beruf früher: Arzt, dr. med. jetzt: allo.		Größe: 1.74 m		Karteikarte ausgestellt am: 4.4.50	
Zuletzt bei: Path.-Inst. Universität Leipzig beschäftigt als: Assistenzarzt		Gestalt: schlanke		wo: Bautzen	
Familienstand: verh.		Gesicht: oval		Fingerabdruck genommen am: 6.6.50	
Kinder: 1.		Bart:		wo: Bautzen	
Staatsangehörigkeit: deutsche		Augenfarbe: blau		Übernahme durch d. Dtsch. V.-Pol. am: 29.3.50	
Deck-Name: Adresse:		Haarfarbe: schwarz		vom: Keine	
		Besondere Kennzeichen: Muttermahl an der linken Wange		Parteilichzugehörigkeit nach d. S. 5.45 bis: Keine	
Eintritt:		NSDAP		SS	
Austritt:		SA		SD	
		Gestapo		NSKK NSFK	
		1933		1935	
		IIJ		BDM	
Sonstige Organisationen u. Verbände: Keine		Vorstrafen: Keine		Öffentliche Ämter: Keine	
Innegehabte Funktionen (z. B. Kreisleiter, SA-Sturmführer usw.): Keine				Milit. Verbände und Ausbildung: Pz. Regt. Stabsarzt	

zusammen mit 10 Oberschülern aus Markkleeberg und Leipzig, zur Verteilung vor dem sowjetischen Militärtribunal 08640 in Dresden, ohne Verteidiger, „angeblich wegen Spionage, antisowjetischer Propaganda, Gruppenbildung oder anderer angedichteter ‚Vergehen‘ nach dem Gummiparagraphen 58 des sowjetischen Strafgesetzbuches.“ Die Strafdauer war mit den fast üblichen 25 Jahren Zwangsarbeit festgesetzt. Zusammen mit anderen Gefangenen wurde Joachim Haager in einem fensterlosen Lieferwagen nach Bautzen transportiert und dort am 29. März 1950 der Volkspolizei der DDR übergeben. „Erst jetzt erfuhren wir, dass wir in dem berüchtigten Zuchthaus Bautzen, im Volksmund ‚das Gelbe Elend‘ genannt, gelandet waren.“ Dort lebte er wie erwartet zu viert in einer Einmanngefängniszelle. Am nächsten Tag erlebte er den Aufstand von Bautzen, der brutal vom Aufsichtspersonal niedergeschlagen wurde. Nach weiteren zwei Tagen verlegte man Joachim Haager in das Haus III. Dort befand sich das Zentrum der Tuberkulosebehandlung, wo er bald als Arzt eingesetzt wurde. Die Röntgenuntersuchungen hat Joachim Haager schließlich bei

allen Insassen allein durchgeführt. Insgesamt beziffert er die Durchleuchtungen auf über 100 000 Fälle. In dieser Zeit starben im Zuchthaus Bautzen täglich etwa zehn an Tuberkulose Erkrankte. Die Zahl nahm mit der langsamen Verbesserung der Lebensbedingungen ab, nicht zuletzt auch deshalb, weil schon seit Jahren eine Gruppe von engagierten Ärzten – „unterstützt von Medizinstudenten und angeleiteten Helfern - das unsägliche körperliche und seelische Elend der Tbc-Patienten“ erfolgreich zu lindern verstand. Haagers wohl prominentester Patient dürfte der Schriftsteller Walter Kempowski gewesen sein. Täglich führte er etwa 300 Thoraxdurchleuchtungen durch. Die Schwere der Krankheit war kein Entlassungsgrund. Als sich am 18. Januar 1954 für ihn, den an Tbc schwer erkrankten Arzt, das Tor des Zuchthaus Bautzen von außen schloss, blieben viele Kollegen und Freunde zurück.

Nach seiner Entlassung sah Joachim Haager zu erstem Mal den fünfjährigen Sohn Wolf-Dieter, der einen Monat nach seiner Verhaftung 1949 geboren wurde. Mit seiner Familie lebte er für längere Zeit in Nürnberg.

In Oberhausen konnte sich die Familie 1959 niederlassen. Dort führte Dr. Joachim Haager über viele Jahre als Pneumologe erfolgreich eine Facharztpraxis für Lungen- und Bronchialheilkunde, die er aus Altersgründen zum 31. März 1981 aufgab. Mit dem Kollegen und Kameraden Dr. Horst Hennig stand Joachim Haager im engen Gedankenaustausch. Sein politisches Credo formulierte er 12 Jahre, nachdem er aus dem Berufsleben ausgeschieden war, so: „Es gab und gibt keinen ‚Sozialismus mit menschlichen Antlitz‘, jede Art Sozialismus ist mit Gewalt und Menschenverachtung zwingend verbunden! Als ich in Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion Lenin las, habe ich mich gefragt, warum dies alles eigentlich den Worten nach so schön, plausibel und erstrebenswert erscheint, bis ich herausfand, dass Menschen von Fleisch und Blut mit ihren Wünschen, Gefühlen und tausend verschiedenen Gedanken und Auffassungen darin überhaupt nicht vorkommen.“

Der ausführliche Beitrag erscheint in der Festschrift für Generalarzt a.D. Dr. med. Horst Hennig anlässlich seines 85. Geburtstages 2011.

Der Islam und wir

Von Ernst Eichengrün

Der Sage nach warnte im Trojanischen Krieg Laokoon, ein Priester aus Troja, vor dem „Trojanischen Pferd“, in dem die Griechen sich nach Troja einschmuggeln wollten. Umsonst. Laokoon und seine Söhne wurden zur Strafe von den Schlangen erwürgt, die von Göttern ausgesandt waren.

Auch wenn nicht alle Parallelen stimmen, so kommt einem manches doch vertraut vor, wenn wir an den aktuellen Streit über den Islam denken: Wer vor den Gefahren des politisch-fundamentalistischen Islam, des „dritten Extremismus“, warnt, wer auf das integrationshemmende Fehlverhalten etlicher zugewanderter Muslime hinweist, auf den hetzen heutzutage wieder „Götter“ ihre Schlangen. Wer diese Götter sind? Viele unserer Groß- und Kleinmeister des Feuilletons. Sie wollen ihre Hegemonie über die öffentliche Meinung durchsetzen.

Die These von der Islamophobie

Der Vorwurf der „Islamophobie“, ursprünglich von iranischer Seite in die Welt gesetzt, ist besonders perfide: Es unterstellt den Islam-Kritikern, zu denen ja auch viele Moslems gehören, nicht nur eine generelle Feindschaft gegenüber dem Islam, sondern mit dem Wort „Phobie“ zugleich eine psychische Krankheit, eine pathologische Besessenheit. Mit diesem Totschlag-Argument wird neuerdings versucht, den Islam gegen jede Kritik zu immunisieren. Der umstrittene UN-Menschenrechtsrat will den Islam in dieser Hinsicht sogar privilegieren.

„Islamophobie“ war auch der Vorwurf, den der Mörder des Filmemachers Theo van Gogh auf den Zettel schrieb, den er dem Opfer in die Brust stach. Wer also hierzulande jede Kritik am Islam leichtfertig mit dem Vorwurf der Islamophobie belegt, der muss in Kauf nehmen, dass sich künftig jede

islamistische Gewalttat dadurch gerechtfertigt fühlt.

Anfang des Jahres kam auf breiter Front der Kampf gegen die „Islamophobie“ auf. Die Feuilletons einiger sich als linksliberal gerierender Blätter starteten eine regelrechte Kampagne, einen Dschihad der besonderen Art, gegen die Islamkritik, die heute noch anhält. Dabei werden die wenigen ausgesprochenen Islam-Hasser als repräsentativ für die gesamte Islam-Kritik hingestellt. Pauschal werden die Kritiker des Islam diffamiert: Intoleranz, Rassismus, Förderung des Rechtsextremismus und Anstachelung zum Hass lauten die Vorwürfe, ja sogar als Hassprediger werden sie bezeichnet und damit den islamistischen Hasspredigern gleichgestellt, die zur Gewalt aufrufen. Natürlich darf auch der ebenso schwachsinnige wie perfide Vergleich mit dem Antisemitismus nicht fehlen (dabei wollte der Antisemitismus den Juden die Integration und Assimilation verwehren und steigerte sich dabei bis zu Entrechtung, Deportation und Ausrottung; den Islam-Kritikern geht es hingegen um Förderung der Integration durch Klärung ihrer Voraussetzungen).

„Antikoranische Tollwut“ – so lautet der letzte verbale Exzess. Flankiert werden diese Attacken von ideologiegeleiteten Sozialwissenschaftlern, die uns unterstellen, wir bräuchten eine Projektionsfläche für unsere Wut und uns treibe Abstiegsangst um.

Doch eskamnoch schlimmer: Konnte man bisher davon ausgehen, dass unsere auf Aufklärung beruhende kulturelle Tradition allen gemeinsam war, so wird diese Basis jetzt von einigen Feuilletonisten in Frage gestellt. Sie beschuldigen Islam-Kritiker, die Menschenrechte genau so fanatisch und fundamentalistisch zu vertreten, wie die Islamisten ihre extremistische Lesart des Korans. So, als wären diese Kritiker



Der Autor

Ernst Eichengrün, Königswinter, war u. a. bis 1969 Bundessekretär der Jungsozialisten und Vizepräsident des Europäischen Jugendrates, später Vizepräsident des Gesamtdeutschen Instituts. Er war 1967 Mitverfasser der ersten kritischen Publikation über die NPD und ab 1995 im Auftrag des Bundesarchivs verantwortlich für die Neugestaltung der Rastatter Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte.

auf Zwangsbekehrung, generelle Ausweisung oder gar terroristische Akte aus. Als Aufklärungs-Fundamentalisten, als „Aufklärungs-Faschisten“ werden sie bezeichnet. Und die Aufklärung wird als eine Religion unter anderen dargestellt, die keinen hegemonialen Anspruch erheben dürfe. Hier wird nicht nur die Relativierung aller Werte auf die Spitze getrieben – das bedeutet den Abschied von unserer Werte-Ordnung. *Anything goes* – die Weltanschauungen werden beliebig.

Was war der Anlass für diese Exzesse? Jahrelang hatten die Medien die Probleme der Integration kleingeredet, das Verhalten etlicher muslimischer Zuwanderer verharmlost, entschuldigt oder gar verschwiegen. Das war den Bürgern, die ja ihre eigenen Erfahrungen gemacht hatten, schließlich zu viel der behütenden Volkspädagogik. Gewiss: Unsere Geschichte und auch die fremdenfeindlichen Exzesse der letzten Jahrzehnte müssen uns

für alle Symptome und Tendenzen von Ausländerhass und Rassismus sensibilisieren. Doch solche Begriffe verdrehende Instrumentalisierung zur Kaschierung eigener früherer Fehler hat kurze Beine. Und: das dürfen sich Demokraten nicht bieten lassen.

Die Information über Fakten bricht sich allmählich Bahn: Unzureichende Integrationsbereitschaft, Entrechtung der Frau, familiäre Gewalt, Gewaltbereitschaft, „Ehren“-morde, überproportional hohe Jugendkriminalität, allzu demonstrative Betonung der Andersartigkeit – schließlich offene Verachtung der Deutschen, die sie aufgenommen hatten und viele von ihnen heute noch alimentieren. Irgendwann hatten die Leute einfach genug – zumal sie merkten, dass Presse und Politik diese Probleme nicht ernst nahmen.

Das aber brachte viele unserer Medien in Verlegenheit. Sie waren nicht bereit, ihre Versäumnisse einzugestehen und sich von ihren sozialromantischen Vorstellungen, vom Wabern des Zeitgeistes, zu verabschieden. Statt dessen gingen sie in die Offensive: Total-Angriff auf die Islam-Kritiker. Doch die Rechnung ging nicht auf, die Diskussion ließ sich nicht stoppen. Als dann das Buch von Thilo Sarrazin herauskam, rückte das Thema Integration auf der öffentlichen Tagesordnung ganz nach oben. Die *Islam-Versteher* versuchten, das ganze Thema weiterhin zu tabuisieren, indem sie ihre Attacken auf eine überflüssige, in der Tat fragwürdige Einzelthese konzentrierten, doch auch das konnte die Diskussion nicht verhindern.

Multi-Kulti-Ideologie behindert die Integration

Um mit den Problemen fertig zu werden, müssen zunächst einmal alle Fakten auf den Tisch – auch die negativen. Denn allzu lange bestimmten Minderheiten die Wahrnehmung, standen dumpfen Ressentiments auf der einen Seite unreflektierte Faszination gegenüber allem Fremdartigen, Realitäts-Verweigerung, grenzenlose Kompromissbereitschaft und sozialromantische Vorstellungen gegenüber. Die übergroße Nachsicht gegenüber

islamistischen Aktivitäten mag noch viele andere Motive haben: Die Tatsache, dass es für islamischen Extremismus auch von uns zu verantwortende Anlässe gibt, resultiert in einem bis ins Flagellantentum gesteigertem Schuldbewusstsein, das moslemische Exzesse stets verzeiht. Und schließlich entsteht aus Angst das Bestreben, die Moslems um jeden Preis zu befrieden, damit hier nicht Verhältnisse wie in französischen Vorstädten eintreten oder gar ein Bärtiger mit der Axt vor der Tür steht: Dann schon lieber vorher kapitulieren!

Von den 30er bis zu den 50er Jahren erlagen etliche westliche Intellektuelle der Verführungskraft des Kommunismus. Man nannte das den „Verrat der Intellektuellen“. Sind wir schon wieder so weit?

Manche Politiker spannen auch gern den Islam vor ihren Karren. So meinte O. Lafontaine von der Linksaußenpartei, Schnittmengen mit dem Islam zu sehen – und zwar in der Ablehnung eines übertriebenen Individualismus, in der sozialen Haltung und im Zinsverbot. Bei letzterem Punkt müsste er dann auch eine Schnittmenge mit dem frühen Programm der NSDAP erkennen, das die „Brechung der Zinsknechtschaft“ forderte.

So schön und auch befruchtend das Miteinander der Kulturen oft auch ist, so trug vor allem die gerade bei Teilen des Bildungsbürgertums herrschende „Multikulti-Ideologie“ zur Verkleisterung der Hirne bei. Der Zeitgeist als Erbe der 68-er mit seinem Randgruppen-Fetischismus dürfte dazu beigetragen haben. Vielleicht war schon der Begriff „Kultur“ irreführend: Im vorwissenschaftlichen Verständnis assoziiert man ihn leicht mit den schönen Aspekten der Hochkultur – seien es Goethe und Beethoven, die Alternativ-Kultur oder die Kulturdenkmäler des Vorderen Orients. Kultur kann doch wirklich nichts Schlechtes sein! So war man nur allzu bereit, **alle** Erscheinungen einer fremden Kultur zu bestaunen und gutzuheißen, als sei Andersartigkeit schon ein Wert an sich.

Aber völkerkundlich ist dieser Begriff „Kultur“ nun einmal

wertneutral und bezeichnet lediglich die Lebensweisen einer Gesellschaft. Selbst Bräuche wie die Mädchen-Beschneidung gelten so als „Kultur“, in letzter Konsequenz auch der Kannibalismus. Und wenn der Biologe in seiner Petrischale Bakterien in einen Nährgrund setzt, dann nennt er das auch: „Kultur“.

Die einfachen Leute hingegen waren immer stärker mit der Realität konfrontiert. Und da hatten und haben sie nun einmal recht gemischte Erfahrungen, die auf einer breiteren Basis der direkten Betroffenheit beruhen als lediglich auf folkloristischer Attraktivität, Faszination des Sufi-Mystizismus, der Vorliebe für türkisches Essen, islamischer Baukunst oder arabischer Musik.

Dann wurden schließlich auch die Praktiken dieser Kultur in manchen Heimatländern bekannt: Verfolgung religiöser Minderheiten, Kinderehen, Steinigung von Ehebrecherinnen. Das konnte nur nachdenklich machen. Noch heute sind Medien und leider auch etliche Richter, dazu bereit, ihre allzu große Nachsicht gegenüber diesem „kulturellen“ Erbe auszuüben.

Ist das „der“ Islam?

„Das ist nicht der Islam“ – so tönen selbstbewusst und selbstgerecht die Funktionäre der islamischen Organisationen, wenn wir schlimme Aussagen, Auswüchse und Vorfälle kritisieren, und so plappern es ihnen manche Medien nach. Doch hat all das Negative wirklich nichts mit dem Islam zu tun? Ist es nicht vielmehr so, dass viele aus archaischen Stammes-Traditionen stammenden Einstellungen, Riten und Gebräuche durch wesentliche Regeln der moslemischen Lehre gestützt, gefördert und legitimiert werden? Sind denn nicht im Koran und den ihn begleitenden Überlieferungen die niedrige Stellung der Frau und ein pervertierter Ehrbegriff ebenso enthalten wie das kriegerische Vorgehen gegen „Ungläubige“? Und wird nicht auch die machohafte bzw. rigide Sexualmoral von der islamischen Lehre gestützt, ebenso wie die pubertäre, mitunter mordträchtige Fantasie von den 72 Jungfrauen, die die Männer

im Paradies erwarten? Sollte ihre Religion die Männer nicht eher dazu anhalten, besser mit ihren sexuellen Frustrationen umzugehen?

Die tief gehende Verachtung der Gesellschaft, in die sie eingewandert sind, findet auch einen Nährgrund in der orthodoxen Auslegung der Religion, nämlich in der Überzeugung von der Minderwertigkeit der „Ungläubigen“, ebenso in der im orthodoxen Islam eingebauten Ablehnung der Moderne. Man denke nur an Fatwas, nach denen die Sonne sich um die Erde dreht. Der Islam ist mittlerweile vielfach eine restaurative, auf Rückkehr zu seinen glorreichen Zeiten islamischer Großreiche gerichtete Ideologie. Wäre es jetzt nicht auch Zeit für den Islam und seine Funktionäre, die koranischen Lehren zu modernisieren? Denn nur so könnte manchen Anhängern klar werden, was heute richtig ist. Und nur so wäre der Islam hierzulande wirklich integrationsfähig.

Doch dem steht eines entgegen: Die absolute Unabänderlichkeit der orthodoxen Lehre, weil sie von Allah gegeben sei. Jeder Versuch einer Neu-Interpretation wird schroff abgelehnt (außer u.a. von den Aleviten, die deswegen von den Orthodoxen bekämpft werden).

Und liegt es eben nicht doch an der Religion, wenn Moslems niedrigere Integrationswerte aufweisen, als Angehörige anderer Religionen aus den gleichen Herkunftsländern?

Schließlich sollten die moderaten Moslems sich fragen, wie es denn kommt, dass der Islam für viele verwirrte Geister und verwahrloste Charaktere, die sich auf Sinnsuche begeben und als „Martyrer“ enden, als Legitimationsgrundlage so attraktiv ist. Gewiss ist der islamistische, gewalttätige Dschihad nicht eine zwingende Konsequenz aus dem Koran. Doch da er sich auf die reine Lehre stützt, sollte diese Lehre sich schleunigst von missverständlichen Auslegungen reinigen.

Die politische Seite des Islam

Vorgeblich im Namen der Religions-Freiheit wird der Islam gegen Kritik verteidigt. Doch darum geht es überhaupt nicht. Es geht um

die Prägungen des Alltags durch den Islam und vor allem um seine politischen Aspekte. Denn im Islam stecken mehr als nur rein religiöse Lehren, er enthält nicht nur viele Verhaltensvorschriften, die den Alltag regeln, sondern er hat auch eine eminent politische Seite: Der Islam ist eine ausgeprägte, in sich geschlossene politische Ideologie und Handlungslehre, die die Gläubigen über die reine Religions-Ausübung hinaus verpflichtet und den Individualismus ablehnt. In seiner extremen Form können wir ihn durchaus als totalitär bezeichnen.

Er stellt die Religion über die Gesetze, die Scharia über die Grundrechte. Der säkulare Staat wird nicht toleriert. Die Errichtung eines *Gottesstaates* – für manche Moslems sogar in Form der iranischen Theokratie, ist die Konsequenz. Auch sein Wille zur Ausdehnung, und zwar zur weltweiten machtpolitischen Ausdehnung seiner gesellschaftspolitischen Ideologie, ist ein konstituierendes Element der ganzen Lehre. Konfrontieren wir unsere hiesigen Moslem-Funktionäre mit der Tatsache, dass eine solche Islamisierung mit unserer Demokratie nicht vereinbar ist, so heißt es wieder einmal „Das ist nicht der Islam“ und sie sind natürlich rasch zu einem Bekenntnis zu Demokratie und Toleranz bereit. Einige von ihnen meinen es sicherlich ehrlich, doch kennen wir auch das in ihrer Lehre enthaltene Prinzip der *taqiyya*, das ihnen Notlügen erlaubt, wenn sie zur Sicherung des Islam nötig sind. Können wir also die Vorstellung ganz ausschließen, dass es manchen Funktionären darauf ankommt, zunächst einmal den Islam als Minderheit in unserer Gesellschaft zu verankern. Dann – so könnte es sein – würde man weitersehen, denn der göttliche Missions-Auftrag bleibt ja bestehen. Man verlangt bei der Integration vor allem von deutscher Seite etwas, etwa die vorbehaltlose Duldung fremder Sitten und die Unterdrückung von Kritik. Und wie wir unsere *Islam-Versteher* kennen, werden sie stets zu einem Übermaß an Anpassung unsererseits bereit sein („Islam-Versteher“ sind dabei nicht etwa jene, die viel vom Islam verstünden, sondern jene, die

allzugroßes Verständnis für seine Exzesse aufbringen: *Man muss für alles Verständnis haben*, und MdB Ströbele gibt zu: „Ich habe den Koran nicht gelesen“.). In England ist man da schon weiter: Von einem Erzbischof, der sich für die Anerkennung der Scharia aussprach, bis hin zur Streichung des Holocaust aus dem Schulunterricht, um ja nicht die Moslems zu beleidigen. Aus Rücksicht auf die so leicht beleidigte islamische Empfindlichkeit sind wir dabei, unsere Prinzipien Stück für Stück zu verwässern.

„Es findet eine Islamisierung statt, mit der wir uns auseinandersetzen müssen.“

*Die Berliner Jugendrichterin
Kirsten Heisig*

Der Koran ist vieldeutig. Einerseits bezeichnet er sich als auf Frieden gegründet, andererseits sieht er genau so seine gewaltsame Ausbreitung vor. Er lässt den Moslems also jede Option offen. Da seine kritische Exegese und seine historisierende Betrachtung aber verboten sind, ist völlig offen, welche Tendenzen sich letztlich durchsetzen werden. Das zu verkennen, wäre äußerst fahrlässig, gibt es doch viele Anzeichen für eine virulente radikale Option: z.B. die Tatsache, dass hierzulande etliche Moscheen nach dem Sultan benannt sind, der als Mehmet der Eroberer einst Konstantinopel eroberte.

Schließlich gibt es immer wieder Anlässe, die zeigen, dass etliche Moslems, sind sie erst einmal als Teil unserer Gesellschaft anerkannt, ihre Position demonstrativ auszuweiten versuchen. So etwa islamische Regeln für ein Berliner Mietshaus oder seit einigen Monaten in Paris, wo sie freitags ganze Straßen in der Innenstadt besetzen, um dort lautstark ihre Gebete zu verrichten. Sie reißen die Regelung des Verkehrs an sich und die Polizei schaut weg. Von den französischen Vororten ganz zu schweigen, die für die Polizei zu *no-go-areas* geworden sind. Wer wollte leugnen, dass sich auch bei uns erste Anzeichen zu zeigen beginnen? Wo die muslimische Minderheit größer wird, also etwa um die 25 %, da werden die Dominanz-

Bestrebungen stärker. In Malmö z. B. fühlen sich Juden so bedroht, dass sie abwandern. Zionismus sei genau so schlimm wie Islamismus, ruft ihnen der Bürgermeister höhnisch hinterher.

Moslem = Moslem ?

Nun wird zu Recht eingewandt, nicht alle Moslems seien über einen Kamm zu scheren und nicht alle radikalen islamischen Aussagen oder gar die Terroristen seien repräsentativ für den ganzen Islam. Nur 6 % der hier lebenden Moslems sind Fundamentalisten im Sinne extremer Ausformungen (immerhin allein etwa 150.000 der Türkischstämmigen!)

Wir würden natürlich der übergroßen Mehrheit der hier lebenden Moslems Unrecht tun, wenn wir sie mit den Islamisten gleichsetzten. Sie leben hier friedlich - ob naiv oder reflektiert, ob streng oder lax - ihren Glauben, viele gehen gar nicht in die Moschee und nur wenige sind in den muslimischen Verbänden. Viele haben sich bereits integriert. Viele sind durchaus integrationsbereit, wenn vielleicht auch noch nicht alle in hinreichendem Ausmaß. Selbst die Orthodoxen, etwa ein Drittel, sind nicht mit den Islamisten gleichzusetzen. Stellten wir sie aber alle als potenzielle Islamisten in die Ecke, dann würden wir genau das erreichen, was die Islamisten wollen: Allen Moslems hierzulande das Gefühl zu vermitteln, sie würden massiv ausgegrenzt und bekämpft, um sie so in einer unversöhnlichen Frontstellung zu den „Ungläubigen“ unter Führung der Islamisten zu vereinen.

Wenn wir annähmen, es gebe einen islamischen Plan zur Eroberung der Welt, dem alle Moslems insgeheim zuarbeiten, so würden wir es solchen Moslems gleichtun, die zur Kompensation ihrer selbst verursachten Leistungs-Defizite und zur Mobilisierung der Massen überall eine gegen den Islam gerichtete weltweite Verschwörung wittern. Schon aus Gründen der praktischen Vernunft wäre es falsch, auf dieser Hypothese unsere Haltung zum hiesigen Islam insgesamt aufzubauen. Doch falsch wäre es auch, diese moslemische Option ganz zu ignorieren.

„Islam ist Frieden“ – so heißt es immer wieder. Tatsächlich kann man das durchaus aus dem Koran ableiten, wenn dort nicht immer wieder dieser Frieden nur auf die „Rechtgläubigen“ oder solche Zustände beschränkt wäre, in denen der Islam herrscht. Die „Ungläubigen“ werden dort allenfalls geduldet – wenn sie ihre Sondersteuer entrichten. Der Zweifel an der Friedlichkeit wird verstärkt durch die Tatsache, dass Moslems aus religiösen Gründen nicht nur gegen die „Ungläubigen“ zu Felde ziehen, sondern sich heftigst auch gegenseitig ermorden.

Reform des Islam

Wir haben einige Probleme mit dem Islam. Doch vor allem hat der Islam ein Problem mit sich selbst. Überzeugen kann uns schließlich nur eine Reform des Islam, die seit über 800 Jahren abgewehrt wurde. Nicht nur die hehren Ziele des Islam prägen unser Bild von ihm, sondern auch seine konkreten Erscheinungsformen. Doch wäre es nicht Sache der Moslems, dieses Bild durch eine veränderte Praxis hier und durch massive Abgrenzung von der Praxis in islamischen Ländern zu korrigieren?

Und es gehört dazu auch, endlich das Freund-Feind-Denken aufzugeben, das erst die Islamisten motiviert. Es gehört dazu, den Machtanspruch der Religion und ihrer Interpreten gegenüber der Politik aufzugeben. Ob sich der viel zitierte Euro-Islam durchsetzen kann? Tatsache ist immerhin, dass die hiesigen Islam-Verbände ihn ablehnen.

Eine Reform des Islam ist Sache der Moslems selbst. Das wäre zugleich ihr wichtigster Beitrag zu ihrer Glaubwürdigkeit und damit zur Integration. Wir können in diesen Prozess nicht eingreifen, sondern allenfalls günstige Bedingungen für ihn schaffen. Das tun wir nicht, wenn wir alle Moslems als eine einheitliche reaktionäre Masse abqualifizieren, aber auch nicht, wenn wir ihn so unreformiert akzeptieren, wie er jetzt ist. Wenn wir uns mit dem Dogmatismus des Islam abfänden, wie würde das wohl auf jene Moslems wirken, die aus ihren Heimatländern vor gerade

diesem Dogmatismus geflohen sind?

Nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis müsste sich die Integrationsbereitschaft zeigen: Wo versuchen die Imame und die moslemischen Organisationen, mit allem Nachdruck ihren Anhängern die häusliche Gewalt auszutreiben? Was ist mit der Bereitschaft der Moslems, den deutschen Behörden islamistische Umtriebe in Moscheen und Vereinen anzuzeigen? Selbst mit der Vermittlung von Ethik scheint es zu hapern: Wie sonst kommt es, dass gerade die sehr religiösen jungen Moslems in der Kriminalitätsrate weit über dem Durchschnitt liegen?

Unsere komplexe Aufgabe

Bei der Integration geht es einerseits darum, massive Integrationsverweigerung und Ausschreitungen zu sanktionieren. Andererseits geht es darum, unsere Integrationsbereitschaft in Taten umzusetzen, wobei der Schwerpunkt die Förderung, vor allem die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen ist, um sie aus der familiären Tradition der Bildungsferne und aus einer religiösen Tradition, die den Glauben über das Wissen stellt, herauszuholen. Nicht alle werden freilich bereit sein, das Bildungsangebot anzunehmen. Und schließlich schützt auch höhere Bildung nicht jeden vor religiösem Wahn und Extremismus. Mohammed Atta und seine Kumpane waren ja immerhin Akademiker!

Schließlich geht es aber auch darum, solche Moslems, die in das Diktat der Religion hinein geboren sind, zu unterstützen, wenn sie sich davon lösen wollen. Denn es sollte nach wie vor die universelle Forderung Immanuel Kants gelten, den Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit zu befreien. Und „selbstverschuldet“ heißt eben nicht nur, sich von aufgezwingener Herrschaft zu befreien, sondern auch aus der Unmündigkeit, in der das Individuum verharrt, weil ihm sozialer Gruppendruck, irgendeine Ideologie oder Religion ihm die Selbstbestimmung, die Autonomie, verwehren.

Europas Demokratie und ihre Feinde

Fortsetzung von Seite 1

mismusformen). Zum anderen wird der internationale bzw. europäische Vergleich dadurch erschwert, dass eine allgemein gültige Definition für Extremismus, die in allen EU-Staaten gleichermaßen zur Identifikation und Abwehr extremistischer Kräfte Anwendung finden müsste, fehlt. Die jeweils national festgelegten Kriterien, was überhaupt als extremistisch zu gelten hat, variieren stark. Nicht überall existiert ein antiextremistischer Konsens. Einige Länder „kennen“ nur Rechtsextremismus (vor allem in Südeuropa), andere sind empfindlicher gegenüber dem Linksextremismus (aufgrund der realexistierenden kommunistischen Diktaturen eher im östlichen Europa). Organisationen, die in manchen Staaten wegen ihres Extremismus verboten würden, gelangen anderswo in Regierungsverantwortung. Die jeweils nationalen Unterschiede zwischen Verfassungstheorie und -wirklichkeit im Umgang mit antidemokratischen Bestrebungen verstärken die Schwierigkeiten einer vergleichenden Analyse.

Nichtsdestotrotz: Elementar für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den vielgestaltigen Phänomenen des politischen Extremismus ist der fundamentale Gegensatz von demokratisch und extremistisch. Politischer Extremismus wird allgemein als Gegenpol zum demokratischen Verfassungsstaat verstanden, der diesen ablehnt und beseitigen will. Es handelt sich damit um eine „Negativdefinition“.² Da die Doktrinen politischer Extremisten in ihrer Ablehnung zum demokratischen Verfassungsstaat wesentliche Gemeinsamkeiten aufweisen, gibt es zugleich ein entsprechend positives Begriffsverständnis: Fanatismus, Aktionismus, Dogmatismus, Verschwörungstheorien und Freund-Feind-Stereotype sind wesentliche Strukturelemente aller Extremismusvarianten. Daraus leiten extremistische Kräfte auf organisa-

torisch-struktureller Ebene für sich Notwendigkeiten z. B. exklusiver Gestaltungsansprüche, starker und starrer Hierarchien, charismatischer Führung, autoritärer Unterwerfung und rechtlicher Privilegien ab. Extremisten fordern den Alleinvertretungsanspruch als politische Kraft und reklamieren für ihre Doktrin die einzig politisch-historische Wahrheit, woraus sich Intoleranz und Feindschaft gegenüber Andersdenkenden ergibt.

Extremisten streben nach autoritärer Herrschaft. Nicht immer ist ihr Ziel – die Errichtung einer Diktatur – offensichtlich. Abgrenzungsprobleme ergeben sich für die Theorie im Allgemeinen wie für den internationalen Vergleich im Besonderen. Zum einen verschleiern manche Extremisten ihre Absichten – sei es aus Furcht vor staatlichen Restriktionen, sei es aus Pragmatismus, um Anhänger zu gewinnen. Die Legalitätstaktik darf nicht über das Wesen solcher Formationen hinwegtäuschen. Zum anderen gibt es Grenzfälle bei der Zuordnung als demokratisch oder extremistisch. Nicht immer muss sich Extremismus gegen die gesamte Demokratie wenden, sondern kann sich nur gegen bestimmte Elemente des demokratischen Verfassungsstaats richten. Nicht alle Anhänger antidemokratischer Parteien müssen Extremisten sein. Und auch in demokratischen Vereinigungen kann es extremistische Einflüsse geben. Der häufig missverständlich verwendete Terminus des Populismus – sozusagen als Extremismus-light-Variante – schafft in diesem Zusammenhang mehr Verwirrung als Klarheit. Die Verneinung der Demokratie steht hier nicht im Vordergrund – es existieren demokratische wie extremistische Populismen. Eine Klassifizierung extremistischer Phänomene macht daher nur aus immanenter Perspektive Sinn. Es gilt, eindeutig zu klären, ob eine Organisation demokratisch oder extremistisch

verfasst ist. Dass dies in mehrererlei Hinsicht nicht immer einfach ist, zeigt das aktuelle Beispiel der Partij voor de Vrijheid (PVV) in den Niederlanden. Zum einen weil die Geert-Wilders-Partei – gemessen am niederländischen Maßstab, wo das Recht der freien Meinungsäußerung einen zentralen Stellenwert einnimmt – nicht als rechtsextrem gelten kann (in Deutschland würde dies wohl eher zutreffen), zum anderen weil sie sich in einer schwierig zu greifenden Grauzone zwischen Extremismus und Demokratie befindet.

2. Wahrentwicklung extremistischer Parteien seit 1990

Die Wahlerfolge extremistischer Parteien in den EU-Staaten seit 1990 zeichnen ein uneinheitliches Bild. Das gilt für Rechts- und Linksaußenkräfte. Rechtsextreme Parteien existieren zwar in allen Ländern, doch nur in einem Drittel waren sie in den letzten 20 Jahren konstant bedeutsam. In ebenso vielen Staaten zogen sie vereinzelt oder einmalig in Parlamente ein, und in acht Demokratien konnten rechtsextremistische Parteien seit 1990 keinerlei Mandate auf nationaler Ebene gewinnen (Tabelle 1). Vor allem die 14 „alten“ EU-Staaten unterscheiden sich stark im Ausmaß rechtsextremer Wahlerfolge. Mit Ausnahme Schwedens und Griechenlands handelt es sich entweder um Länder mit konstant etablierten (Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien und Österreich) oder dauerhaft erfolgreichen rechtsextremen Parteien (Deutschland, Finnland, Griechenland, Großbritannien, Irland, Niederlande, Portugal, Spanien). In den meisten osteuropäischen Staaten verbuchten Rechtsextremisten dagegen nur vereinzelt Erfolge. Hier lässt sich – abgesehen von Ungarn (die militante Partei Jobbik gewann 2010 im ersten Wahlgang 16,7 Prozent!) und Bulgarien, wo die rechtsextreme Partei ATAKA seit 2005 im Parlament vertreten ist – eine klare Tendenz erkennen: In Estland, Lettland und Tschechien verschwanden Rechtsaußenparteien bis Ende der 1990er Jahre aus den nationalen Parlamenten, in Polen und Rumänien bei den letzten Wahlen. Nur

in der Slowakei und in Slowenien sind die jeweiligen rechtsextremistischen Nationalparteien (beide: SNS) dauerhaft auf nationaler Ebene parlamentarisch präsent. Der parteipolitische Rechtsextremismus ist damit momentan in den etablierten Demokratien Westeuropas stärker vertreten als in den postautoritären Systemen Osteuropas.

Die Wahlerfolge bzw. Misserfolge linksextremistischer Parteien in Europa zeigen eine ähnlich gemischte Bilanz wie die des parteipolitischen Rechtsextremismus. In zwölf der 24 untersuchten Staaten blieb der Linksextremismus seit 1990 bedeutungslos. In der anderen Hälfte der Länder gelang es Linksaußenparteien seit 1990, in die nationalen Parlamente einzuziehen – davon in sieben Staaten dauerhaft. In den früheren Ostblockstaaten sind kommunistische Parteien heute größtenteils diskreditiert. Lediglich in Tschechien und im Sonderfall der für lange Zeit nur in Ostdeutschland erfolgreichen PDS (jetzt Die Linke) sind linksextremistische Parteien momentan auf nationaler Ebene parlamentarisch vertreten. Innerhalb Westeuropas lässt sich dagegen ein deutliches Nord-Süd- bzw. Süd-Nord-Gefälle des Linksextremismus feststellen. Mit Ausnahme Schwedens und gelegentlicher Erfolge einzelner Abgeordneter in Irland (aufgrund der starken Personalisierung des Wahlsystems) etablierten sich linksextremistische Parteien bis heute am stärksten im Mittelmeerraum und in Portugal. Hier besitzen die kommunistischen Parteien wegen ihres Widerstandes gegen den Nationalsozialismus (Frankreich, Italien) und gegen die rechtsautoritären Diktaturen (Griechenland, Portugal, Spanien) ein hohes Maß an politischer Legitimität. Doch durch den Zusammenbruch des Realsozialismus gerieten die meisten Linksaußenparteien in eine tiefe Identitätskrise, konnten nicht annähernd an ihre Wahlerfolge vor 1990 anknüpfen und reagierten unterschiedlich auf den Niedergang der kommunistischen Regime: Einige wandelten sich zu demokratisch linken Parteien (Schweden, Polen, Ungarn), einige beendeten ihre unabhängige Existenz und gingen in neuen Allianzen auf, die demokratischer (Italien, Niederlande) und extremistischer (Deutschland, Spa-

nien) Natur sein können. Nur wenige linksextremistische Parteien stehen in ungebrochener Kontinuität zum Kommunismus.

Weniger deutlich sind die Unterschiede zwischen Ost und West bei der Frage nach antidemokratischen Regierungsbeteiligungen. Nirgendwo in Europa stellte und stellt eine extremistische Partei die größte Parlamentsfraktion oder den Regierungschef. In fünf Ländern gelangten seit 1990 Rechtsaußenparteien in die Regierungsverantwortung – in Rumänien allerdings nur vor dem EU-Beitritt des Landes. In drei Staaten wurden mehrfach nationale Regierungen unter Einschluss rechtsextremer Parteien gebildet: in Italien in den drei Kabinetten von Silvio Berlusconi (1994, 2001-2005 und seit 2008), in Österreich (2000-2003 und 2003-2007) und in der Slowakei (1992-1998 und 2006-2010). In Polen und Rumänien kam es seit 1990 zu einmaligen Koalitionen unter Einschluss rechtsextremer Parteien. Beide Regierungsbündnisse überdauerten nicht die vollen Legislaturperioden. Polens (2006-2007) und Rumäniens (1992-1995) unheilige Allianzen zerbrachen nach etwa der Hälfte ihrer Amtszeiten an der Regierungsunfähigkeit der rechts-extremen Juniorpartner. In Dänemark (seit 2001) und Bulgarien (seit 2009) unterstützen solche Parteien Minderheitsregierungen. Die meisten Bündnisse mit rechten Flügelparteien erwiesen sich als instabil. Alle Koalitionen mit Rechtsaußenparteien zerbrachen vor dem Ende der offiziellen Legislaturen oder es gab umfangreiche Kabinettsumbildungen.

Linksextreme Parteien schafften es in fünf Ländern, Regierungämter einzunehmen. In Westeuropa konnten nach 1990 nur die kommunistischen Parteien in Frankreich und in Italien Regierungsverantwortung erlangen. Das geschah bei den Nachfolgeorganisationen der Italienischen Kommunistische Partei (PCI) mehrmals durch die Beteiligung an breiten Bündnissen der politischen Linken zur Verhinderung konservativer Regierungen (1996-2001 und 2006-2008). In Frankreich kandidieren wegen der Mehrheitswahl Kommunisten traditionell in Allianz mit der Sozialistischen Partei (PS) und gelangen so – wie zuletzt unter

Premier Lionel Jospin (1997-2002) – in Regierungämter. Die drei Koalitionen unter Einschluss linksextremistischer Parteien in Osteuropa blieben einmalige Konstellationen. In Polen (2006-2007) und Rumänien (1992-1994) zerbrachen die fragilen Bündnisse, an denen links- und rechtsextremistische Kräfte beteiligt waren, vor dem Ende der Legislaturperioden an der Regierungsunfähigkeit ihrer Partner. In Schweden und Spanien kam es zur Bildung von sozialdemokratisch bzw. sozialistisch geführten Minderheitsregierungen. Die erfolgreichen Linksaußenparteien in Deutschland, Griechenland und Tschechien wurden (bisher) nicht an den nationalen Regierungen beteiligt.

Sieben rechtsextreme Parteien erzielten in den vergangenen 20 Jahren konstante Wahlergebnisse – der Vlaams Belang in Belgien, Dänemarks Fortschritts- bzw. Volkspartei (FRP/DF), der französische Front National (FN), die italienische Lega Nord (LN), Österreichs Freiheitliche (FPÖ) sowie die slowakische und die slowenische Nationalpartei (SNS). Sechs Parteien, die in den 1990er Jahren vorübergehende Wahlerfolge feierten, existieren dagegen heute nicht mehr. Die Gründe hierfür waren unterschiedlich: Tschechiens Republikaner und die lettische Volksbewegung (TKL) zerfielen nach internen Querelen; ihre Nachfolgeparteien blieben bedeutungslos. Im Fall der italienischen MSI kam es mit der Umbenennung in Alleanza Nazionale (AN) zu einer grundlegenden Kursänderung und zur Demokratisierung der Partei. Die Estnischen Bürger (EK) und die Rumänische Unabhängigkeitspartei (PUNR) bildeten Allianzen mit demokratischen Parteien, von denen sie später aufgesogen wurden. Und in Ungarn und Schweden verdrängten neue Rechtsaußenparteien wie Jobbik und die Schwedische Demokratie (SD) die früher erfolgreichen Kräfte.

Linksaußen waren sechs Parteien in allen oder fast allen Legislaturperioden parlamentarisch vertreten: in Deutschland die PDS (jetzt Die Linke), die französische PCF, Griechenlands Kommunistikó Kómma Elládas (KKE), die Kommunistische Partei Portugals (PCP), die spanische Izquierda Unida (IU) sowie die Kommunistische Partei

Demokratie und ihre Feinde

Böhmens und Mährens (KSČM) in Tschechien. Schwedens Kommunisten sind seit ihrer Umbenennung in Vereinigte Linkspartei (VP) und dem damit verbundenen programmatischen Kurswechsel Anfang der 1990er Jahre heute nicht mehr als linksextremistisch einzuschätzen. Italiens La Sinistra (Die Linke) scheiterte bei den letzten Wahlen 2008 an der eingeführten Vier-Prozent-Klausel und verfehlte erstmalig den Parlamentseinzug. Ähnlich erging es den Linksaußenparteien in Polen (Samoobrona), Rumänien (PSM) und der Slowakei (KSS). Auf parteipolitischer Ebene blieben Organisationen des ethnischen Minderheitenextremismus und religiöse Gruppierungen weitgehend bedeutungslos. Separatistische Parteien im Baskenland, in Schottland und Nordirland erzielten einzelne, regional begrenzte Wahlerfolge, aber keine im nationalen Maßstab. Ähnliches gilt für extremistische Parteien der russisch-nationalen Minderheiten im Baltikum. Beim Vergleich der Erfolge verschiedener Extremismusvarianten lassen sich vier Ländergruppen unterscheiden: 1. Staaten mit rechts- und/oder linksextremistischen Regierungsparteien, 2. Länder mit erfolgreichen linksextremistischen Parlamentsparteien ohne nennenswerten Rechtsextremismus, 3. umgekehrt Nationen mit parlamentarisch vertretenen rechtsextremistischen Parteien, denen ein eher schwach ausgeprägter Linksextremismus gegenübersteht, 4. Staaten,

wo parteipolitischer Extremismus seit 1990 bedeutungslos blieb.

In einem Viertel der untersuchten Staaten (Frankreich, Italien, Polen, Österreich, Rumänien und der Slowakei) kam es auf nationaler Ebene zu Regierungsbeteiligungen – in vier Fällen mit rechts- und linksextremistischen Partnern (Tabelle 1), wobei – außer in Italien – antidemokratische Parteien beider Flügel meist gleichzeitig in den Kabinetten vertreten waren. Die Verbindungen in Polen und Rumänien blieben einmalige Allianzen. In der Slowakei konnte sich dauerhaft nur die rechtsextremistische SNS behaupten, in Italien wechselten sich rechte und linke Regierungsbündnisse unter Einschluss von Antisystemparteien ab. Auch in Österreich existiert kein Konsens unter den demokratischen Parteien, extremistische Parteien zu isolieren. Die FPÖ gilt zwar (vor allem unter Linken) als rechtsextrem, dennoch kam es von 2000 bis 2007 zu von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) geführten Regierungen unter Beteiligung der Freiheitlichen. Die KPÖ wird dagegen kaum als linksextrem wahrgenommen, doch die Frage einer möglichen Regierungsbeteiligung stellte sich wegen ihrer marginalen Wahlergebnisse nicht. In Frankreich gibt es zwar ebenfalls eine erfolgreiche rechtsextremistische Partei, doch im Gegensatz zur mehrfach mitregierenden PCF ist der Front National – wie der gesamte Rechtsextremismus – politisch (weniger gesellschaftlich) isoliert.

Die Übernahme von Regierungsverantwortung durch extremistische Parteien hatte unterschiedliche Auswirkungen – für die jeweiligen Demokratien wie für den Extremismus. In Frankreich veränderte die Einbindung der PCF (zuletzt 1997 bis 2002) die Politik wenig, teilweise wegen der starken Stellung des Präsidenten im politischen System, teilweise wegen der schwachen, zum Pragmatismus gezwungenen Position der Kommunisten innerhalb der Regierung. Die Wahlergebnisse der PCF sind seitdem rückläufig. Auch die extreme Rechte in Österreich, deren Regierungsbeteiligung international stark kritisiert wurde, zeigte sich gemäßigt und betrieb kaum Anstrengungen in Richtung eines fundamentalen Wandels, wofür die FPÖ 2003 (10,0 Prozent) und 2006 (11,0 Prozent) von ihren Wählern abgestraft wurde. Wieder in der Opposition konnte die Partei ihre Ergebnisse bei den letzten Wahlen 2008 (zusammen mit der Abspaltung BZÖ 28,2 Prozent!) erheblich steigern. In Italien blieben die Positionen der extremistischen Parteien innerhalb der Regierungen schwach und ihre Forderungen ohne Durchschlagskraft. Die zunehmende Polarisierung des italienischen Parteiensystems führte aber seit den 1990er Jahren in beiden Lagern zur Entstehung neuer Parteien bzw. Allianzen, in denen extremistische Parteien – wenn auch ohne größere Machtposition – beteiligt sind und somit ihre (Anti-)Systemvorstellungen in

Rechtsextremismus	Staaten mit rechtsextremen	Staaten mit rechtsextremen	Staaten ohne rechtsextreme
Linksextremismus	Regierungsparteien	Parlamentsparteien	Regierungs- oder Parlamentsparteien
Staaten mit linksextremen Regierungsparteien	Italien, Polen, Rumänien, Slowakei,	Frankreich	
Staaten mit linksextremen Parlamentsparteien		Schweden, Tschechien	Deutschland, Griechenland, Irland, Portugal, Spanien
Staaten ohne linksextreme Regierungs- oder Parlamentsparteien	Österreich	Belgien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Lettland, Slowenien, Ungarn	Finnland, Großbritannien, Litauen, Niederlande

Abbildung 1: Staaten nach dem Erfolg extremistischer Parteien auf nationaler Ebene seit 1990³

die gesellschaftlichen Mehrheitsdiskurse einbringen können.

Im postkommunistischen Europa sieht die Bilanz anders aus: In der Slowakei (1992-1998) verhinderten, in Rumänien (1992-1996) verzögerten semidemokratische Regierungen die demokratische Konsolidierung der Länder. Während die unheilige Allianz in Bukarest nach zwei Jahren zerbrach, entstand in der Slowakei in den 1990er Jahren unter der Führung aus Populisten und Extremisten eine Art semiautoritäres Regime, das erst nach der Formierung eines breiten Bündnisses aller demokratischen Parteien abgelöst wurde. In beiden Ländern verschwanden die linksextremistischen Juniorpartner nach ihren Regierungsbeteiligungen, während die rechtsextremistischen Parteien davon wenig Schaden nahmen und in der Slowakei von 2006 bis 2010 erneut mitregieren. In Polen stellten dagegen Samoobrona und die Polnische Familienliga (LPR) ihre Regierungsunfähigkeit schon nach wenigen Monaten unter Beweis (2006-2007). Statt der angekündigten Begründung einer „Vierten Republik“ Polens kam es nach zwei

Jahren Chaos zu Neuwahlen und Erdrutschniederlagen beider extremistischer Parteien.

In den meisten Staaten mit parlamentarisch erfolgreichen Linksaußenparteien ist der parteipolitische Rechtsextremismus schwach ausgeprägt. Das gilt für Deutschland, Griechenland, Irland, Portugal und Spanien, mit Abstrichen für Schweden und Tschechien, wo rechtsextremistische Parteien nur kurzzeitig reüssieren konnten. In diesen Ländern wird dem Rechtsextremismus mit einer breiten gesellschaftlichen Ablehnung begegnet, was nicht gleichermaßen für den Linksextremismus gilt und für die Erfolge solcher Parteien mitverantwortlich sein dürfte. Umgekehrt existier(t)en in Belgien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Lettland, Slowenien und Ungarn rechtsextremistische Parlamentsparteien, die davon profitier(t)en, dass es kein nennenswertes Pendant auf der linken Seite des politischen Spektrums gibt. Auffällig sind die regionalen Unterschiede. Während in den ehemaligen Ostblockstaaten mit dem Kommunismus auch die meisten linksextremistischen Parteien untergingen, behaupten sich erfolgreiche

Linksaußenkräfte vor allem in West-, speziell Südeuropa.

In vier Staaten blieb der parteipolitische Extremismus seit 1990 bedeutungslos. Im britischen Fall verhindert das Mehrheitswahlsystem die Etablierung extremistischer Parteien. In Finnland und in den Niederlanden sind erfolgreiche populistische Parteien für die Schwäche antidemokratischer Kräfte verantwortlich. Die starke Personalisierung der Politik erklärt die Marginalität extremistischer Parteien in Litauen (wie im gesamten Baltikum), wo wegen häufiger Umformierungen, Abspaltungen und Neugründungen weniger die gesamten Organisationen, sondern vielmehr nur bestimmte Personen dem politischen Extremismus zuzurechnen sind.

In keinem Staat und zu keinem Zeitpunkt konnten extremistische Parteien in Europa seit 1990 aufgrund ihrer Wahlergebnisse den Bestand der demokratischen Verfassungsstaaten gefährden. Stets hatten demokratische Parteien eine Mehrheit von über 70 Prozentpunkten gegenüber Antisystemparteien, was

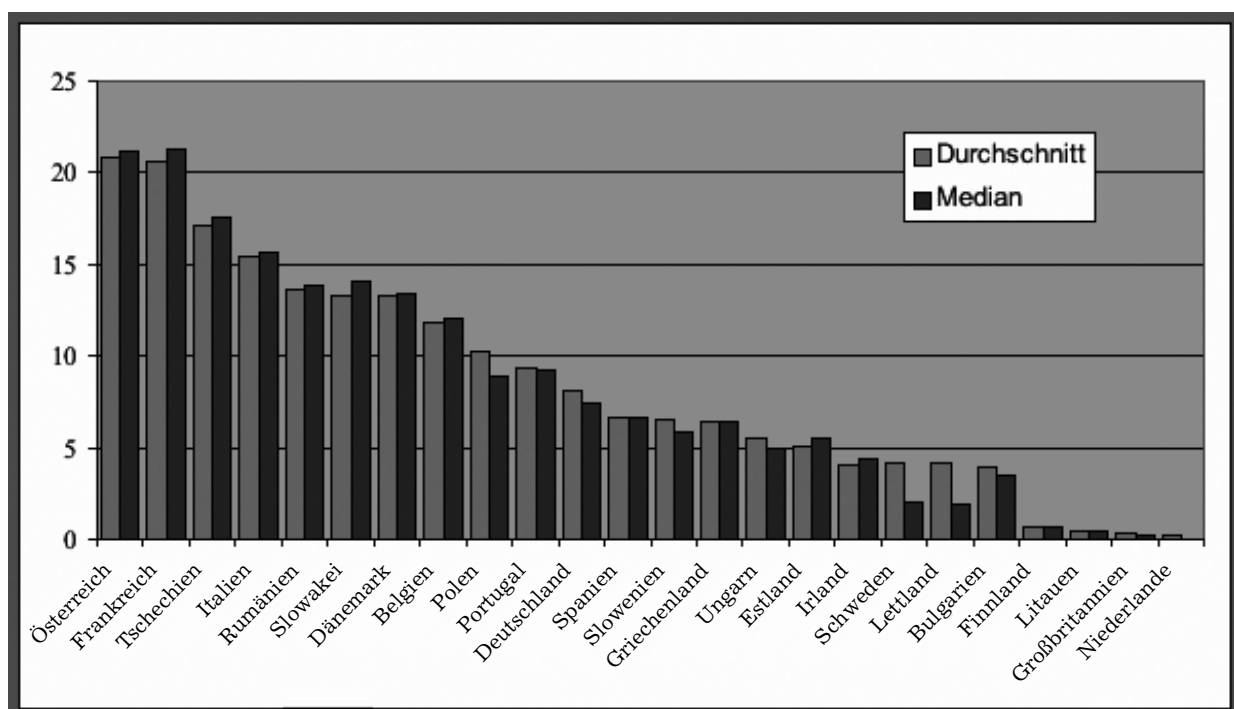


Abbildung 2: Stimmenanteile extremistischer Parteien in Europa bei nationalen Wahlen 1990-2009 (in Prozent)⁴

dennoch Kooperationen und Koalitionen mit extremistischen Kräften nicht überall verhinderte. Die besten Wahlergebnisse erzielten antidemokratische Parteien seit 1990 in Österreich und in Frankreich. Hier erreichten Antisystemparteien auf nationaler Ebene – ohne Berücksichtigung der Wahlbeteiligung – zusammen im Durchschnitt mehr als ein Fünftel der Stimmen, bei einzelnen Wahlen sogar knapp 30 Prozent (Österreich 2008: 29,2 Prozent; Frankreich 1997: 27,5 Prozent).

In Tschechien und Italien gewannen Extremisten durchschnittlich mehr als 15 Prozent, allerdings mit rückläufigen Zustimmungsraten. Während in beiden Ländern rechts- und linksextremistische Organisationen in den 1990er Jahren Erfolge erzielten, blieb in den vergangenen zehn Jahren nur die Unterstützung für jeweils eine Systemalternative konstant – in Tschechien für die kommunistische KSČM, in Italien für die Lega Nord. In weiteren Staaten (Rumänien, Slowakei, Belgien und Dänemark) erreichten extremistische Parteien zweistellige Werte, die nach dem Bedeutungsverlust des Linksextremismus in Rumänien und der Slowakei momentan fast ausschließlich von Rechtsaußenparteien erzielt werden. Polen ist ein Grenzfall, da der Medianwert (10,3 Prozent) auffällig von den Durchschnittsergebnissen (8,9 Prozent) abweicht, weil extremistische Parteien nur bei zwei Wahlen überdurchschnittlich erfolgreich waren (2001 und 2005). Ähnliches gilt für Bulgarien – wenngleich auf niedrigerem Niveau – und Schweden sowie Lettland, wo systemfeindliche Parteien nur bei jeweils einer Wahl überproportional abschnitten. In den Ländern mit erfolgreichen Linksaußen- und eher erfolglosen Rechtsaußenparteien (Deutschland, Griechenland, Portugal und Spanien) liegen die Werte antidemokratischer Parteien zwischen fünf und zehn Prozent und damit im Bereich des EU-Durchschnitts von 8,2 Prozent. In Finnland, Litauen, Großbritannien und den Niederlanden gelang es extremistischen Parteien bei keiner Wahl, insgesamt einen Stimmenan-

teil von mehr als einem Prozent zu gewinnen.

3. Organisation, Ideologie und Strategie extremistischer Parteien

Extremistische Parteien lassen sich vielfältig vergleichen und typologisieren. Die Parteienforschung unterscheidet drei wesentliche Untersuchungsfelder – Organisation, Ideologie und Strategie. Auf organisatorischer Ebene stehen sich straff hierarchisch aufgebaute Kaderparteien und breite Sammlungsparteien gegenüber. Erstere sind abgesehen von vereinzelt und regionalen Wahlerfolgen auf elektoraler Ebene weitgehend bedeutungslos. Solche Ordnungsmodelle binden zwar mitunter schlagkräftige militante Sympathisantengruppen an sich, doch für Massenanhängerschaften sind sie historisch diskreditiert und programmatisch unattraktiv. Bei allen parlamentarisch vertretenen extremistischen Parteien handelt es sich dagegen um relativ offene Bewegungen, die auf die Integration breiter Wählerschichten zielen, wenngleich (zu viele) innerparteiliche Strömungen die Geschlossenheit gefährden können, wie die Beispiele der zeitweise gespaltenen Freiheitlichen in Österreich und der Slowakischen Nationalpartei zeigen. Unerheblich für die Wahlerfolge extremistischer Parteien scheint es dagegen zu sein, ob sie eher autoritär oder pluralistisch gelenkt werden. Zwar profitierten manche Parteien von den außenwirksamen Fähigkeiten ihrer Spitzenpersönlichkeiten, doch stehen solche Führungen wegen ihrer „Betriebsblindheit“ in Krisensituationen ebenso symptomatisch für den Bedeutungsverlust rechtsextremer Formationen. Umgekehrt dient ein eher pluralistisches Machtgefüge zur Integration verschiedener ideologischer bzw. programmatischer Strömungen. Dies kann jedoch zu innerparteilichen Spannungen und Spaltungen führen.

Die unterschiedlichen Organisationsformen extremistischer Parteien stehen in einem gewissen Zusammenhang zur Struktur ihrer Ideologie. Je hermetischer diese ist, des-

to schwächer sind die Bindekräfte ausgeprägt, um verschiedene Strömungen beheimaten zu können. Eine weltanschauliche Utopie der angestrebten Gesellschaftsform stellt den Kern extremistischen Denkens dar. Doch mit der Gewährung innerorganisatorischer Pluralität ist häufig ein Aufweichen der ideologischen Positionen verbunden. Die Untersuchung nach weltanschaulichen Gesichtspunkten bestätigt, dass sich die meisten als Sammlungsparteien klassifizierten Organisationen kaum an ideologischen Leitbildern orientieren. Nur wenige Parteien fordern (mehr oder weniger offen) die Abschaffung der Demokratie und die Errichtung einer autoritären bzw. totalitären Diktatur nach historischem Vorbild. Inbegriff solcher Organisationen sind auf der rechten Seite die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und die italienische Movimento Sociale - Fiamma Tricolore (MS-FT). Sie orientieren sich ideologisch am Nationalsozialismus bzw. Faschismus und sind eindeutig systemfeindlich, fremdenfeindlich und antisemitisch. Die meisten rechtsextremen Parteien in Europa bemühen sich dagegen um eine (z. T. vorgebliche) Mäßigung ihrer ideologischen Positionen. Sie lehnen die politischen Ordnungen ihrer Länder nicht pauschal ab. Nicht die Demokratie als Staatsform an sich, sondern ihre liberale Variante sei durch ein Modell autoritär-demokratischen Zuschnitts zu ersetzen (wie auch immer das in der Praxis aussehen mag). Ferner geht es ihnen weniger um Großmachtstreben und Expansionismus, sondern um die Bewahrung der eigenen nationalen und kulturellen Gesellschaftsvorstellungen. Angesichts der europäischen Integration und den Negativfolgen der Globalisierung orientieren sich die wichtigsten rechtsextremen Parteien Europas heute am Konzept des so genannten „Ethnopluralismus“. Nicht die Überlegenheit einer Rasse bzw. Ethnie wird in den Vordergrund gerückt, sondern die Verschiedenheit der Völker betont, deren kulturelle und traditionelle Besonderheiten vor äußeren Einflüssen zu schützen seien.

Ähnlich sieht es bei linksextremen Parteien aus. Wer einen revolutio-

nären Sozialismus vertritt und die „Diktatur des Proletariats“ anstrebt, ist nach den Enthüllungen der kommunistischen Regime in Osteuropa heutzutage weitgehend diskreditiert. Parlamentarisch vertretene Linksaußenparteien versuchen, sich von dogmatisch klassenkämpferischen Positionen zu lösen. In der politischen Praxis treten sie pragmatisch kompromissbereit auf und zeigen kaum systemfeindliches Verhalten. Analog zum Konzept des Ethnopluralismus der extremen Rechten heißt die Zauberformel der links-extremen Parteien „Demokratischer Sozialismus“. Demnach sei die sozialistische (Welt-)Gesellschaft nicht länger mit revolutionären und diktatorischen Mitteln zu erreichen, sondern auf demokratischer Grundlage und durch die Förderung der sozialen Emanzipation der Bevölkerung. Wiewohl die revolutionären Bemühungen dieser Parteien ausgesprochen schwach ausgeprägt sind, stellt sich auch hier die Frage nach der Umsetzung eines solchen demokratisch sozialistischen Systems. Ein existentes Vorbild gibt es weltweit nicht, wie selbst LINKE-Fraktionschef und Parteiaushängeschild Gregor Gysi einräumen muss. Auch auf strategischer Ebene lassen sich extremistische Parteien hinsichtlich ihres Kooperationsverhaltens unterscheiden. Um ein möglichst breites Spektrum potenzieller Anhänger (und damit Wähler) zu gewinnen, suchen sie entweder die Zusammenarbeit mit anderen extremistischen Parteien und (mitunter gewaltbereiten) außerparlamentarischen Kräften, oder sie distanzieren sich von militanten Gruppen und setzen auf die Anbindung zum demokratischen Lager. Im europäischen Rechtsextremismus zählen die meisten erfolgreichen und ideologisch gemäßigten Parteien eher zur zweiten Kategorie, z. B. die Lega Nord, der Vlaams Belang und die Dansk Folkeparti. Sie distanzieren sich von militanten Szenen im subkulturellen Rechtsextremismus. Vor allem eindeutig systemfeindliche Parteien wie die deutsche NPD und Italiens MS-FT versuchen dagegen, die inneren Reihen zu schließen. Sie verstehen sich in einer Art Querfrontstrategie als parteiförmige Vertretung des gesamten Rechts-

außenspektrums. Die ungarische Bewegung Jobbik entstand aus der sogenannten Ungarischen Garde und beheimat heute einen militanten und einen parlamentarischen Flügel, wobei die personellen Verbindungen überlappen. In manchen Fällen können auch beide Strategien zugleich angewandt werden, z. B. agiert so die slowakische SNS. Sie ist die zentrale Referenz im slowakischen Rechtsextremismus auf der Parteebene. Durch ihre mehrfachen Regierungsbeteiligungen ist sie jedoch zugleich im demokratischen Lager akzeptiert. Der französische FN scheiterte in den 1990er Jahren an dem Versuch, Jugendliche aus militanten Subkulturen für die Partei zu gewinnen.

Das Selbstverständnis einer extremistischen Partei spielt aus strategischer Perspektive eine weitere wichtige Rolle: Verstehen sich Extremisten als Teil der demokratischen Ordnung oder als „von außen“ agierende fundamentale Systemopposition? Anders gefragt, halten sich extremistische Parteien (zumindest formal) an die demokratischen Prinzipien, oder stehen sie offen im Konflikt mit der demokratischen Rechtsordnung? Nur wenige extremistische Parteien in Europa zielen augenscheinlich auf die Abschaffung der Demokratie, noch weniger treten sie militant auf. Sie versuchen, ihren Extremismus zu verbergen und stilisieren sich zu Bewahrern der demokratischen Ordnung, welche durch innere (Minderheiten und korrupte gesellschaftliche Eliten) und äußere (Einwanderer, multinationale Unternehmen) Feinde bedroht werde. Im Gegensatz zu den meisten erfolgreichen rechtsextremistischen Parteien gibt es allerdings aus strategischen Gründen im parteiförmigen Linksextremismus kaum Berührungspunkte gegenüber orthodoxen Hardlinern und militanten außerparlamentarischen Organisationen.

Da unverblümete Systemalternativen – egal welcher Couleur – in Europa weitgehend diskreditiert sind, bedienen sich fast alle extremistischen Parteien (selbst offenkundig antidemokratische Kräfte) populistischer Strategien. Dem modernisierungs- und globalisierungsbedingten gesellschaftlichen Wandel begegnen

sie mit protektionistischen Abwehrstrategien. Sie verbinden (sozialen) Populismus und (nationalen) Protektionismus. Manche Linksaußenparteien neigen dabei – analog zu rechtsextremen Parteien, die sich gewisser Versatzstücke des linken Populismus bedienen – zu rechtspopulistischen und nationalistischen Positionen. Zwar bekennen sie sich ideologisch zum Marxismus-Leninismus, mixen aber in ihrer Politik kommunistische mit nationalistischen Inhalten. Vor allem links-extremistische Parteien im postkommunistischen Osteuropa, wie die tschechische KSČM und die aus den ehemaligen Einheitsparteien hervorgegangenen Parteien der russisch-nationalen Minderheiten im Baltikum, verknüpfen Antikapitalismus mit angeblichen Bedrohungsszenarien der sozialistisch-nationalen Interessen. Diskriminierende Parolen richten sich – egal ob von rechts oder links – gegen die vermeintlichen Verursacher gesellschaftlicher Krisenerscheinungen: die EU, internationale Großkonzerne und nach Expansion strebende Nachbarstaaten. Die Verbindung von rechten und linken Ideologieelementen soll einerseits die angekratzte ideologische Legitimation extremistischer Parteien aufpolieren, andererseits nicht nur im eigenen Lager, sondern vielmehr bei allen Klientelen sogenannter Modernisierungsverlierer für Stimmenzuwächse sorgen.

4. Extremistische Parteien in den EU-Staaten – eine Gefahr für die Demokratie?

Extremismen gefährden die demokratischen Verfassungsstaaten Europas auf vielfältige Weise, wobei die Ausprägungen und Bedrohungspotenziale von Land zu Land stark variieren. Wie der Vergleich des parteipolitischen Extremismus in den EU-Staaten verdeutlicht haben soll, unterscheiden sich antidemokratische Phänomene in ihrem Ausmaß und in ihren ideologischen Ausrichtungen sowie im Grad ihrer extremistischen Intensität (harte und weiche Extremismen). Doch lässt dies die nahe liegende Schlussfolgerung zu, umso erfolgreicher ex-

tremistische Kräfte agieren, desto größer ist auch die Gefährdung für die europäischen Demokratien?

Nicht zwangsläufig, denn die Kriterien für den Erfolg und den Intensitätsgrad des Extremismus sind nicht dieselben wie die, welche das Ausmaß der Gefährdung bestimmen. So sind Wahlergebnisse zwar wesentliche Anhaltungspunkte für die Stärke und den Einfluss extremistischer Parteien, doch nur ein Faktor unter anderen (z. B. der Aktionismus, die gesellschaftliche Verankerung oder die Einstellungen in der Bevölkerung), um die demokratischen Systeme zu unterminieren. Mehrheitsfähige Ergebnisse erreichten extremistische Parteien seit 1990 nirgends in Europa, doch erzielten sie in einigen Staaten (einzeln oder in Addition der extremistischen Antipoden) über 20 Prozent Stimmenanteile und gelangten teilweise in Regierungskoalitionen. Gerade der gewachsene Einfluss extremistischer Parteien führte jedoch in den meisten Fällen zu einer Abschwächung bzw. Aufgabe ihrer Systemablehnung. Fast alle extremistischen Parlamentsparteien zählen zu weichen Extremismusformen oder wandelten sich in diese Richtung. Und nicht selten fanden parlamentarische Vertreter extremistischer Parteien Gefallen an den Privilegien des Parlamentarierdaseins. Dadurch riskieren sie den Bruch mit ihren Anhängern, die ihnen Verrat vorwerfen, was besonders zu Tage tritt, wenn sie Regierungsverantwortung erlangen. Aus diesem Befund ergibt sich eine paradoxe Situation: Aus extremismustheoretischer Perspektive verbietet sich die Kooperation mit antidemokratischen Kräften strikt, doch gerade die Einbindung extremistischer Parteien zeigt aus normativ demokratietheoretischer Sicht eine Reihe positiver Effekte. Sie zwingt Extremisten zu Pragmatismus und Kompromissen, damit zur Milderung ihres Antisystempotenzials und entzaubert ihre teilweise populistischen Losungen, die sie nur als permanente Oppositionsparteien formulieren können.

Allerdings wäre es zu einfach, Integration als Allheilmittel extremistischer Auswüchse pauschal zu

verschreiben. Trotz Mäßigungstendenzen blieben viele solcher Parteien im Kern extremistisch und nur einige vollzogen den vollständigen Wandel in Richtung Systemloyalität. Auch wenn die meisten extremistischen Parteien nicht alle Elemente der demokratischen Verfassungsstaaten beseitigen wollen, trachten sie in bestimmten Bereichen nach fundamentalen Veränderungen, seien es Forderungen für den Rechtsextremismus im Bereich der Ausländergesetzgebung oder im Linksextremismus nach Abschaffung der Marktwirtschaft. Problematisch ist, dass sie dadurch ein gewisses Maß an Reputation erlangen, was zur Aufwertung und gesellschaftlichen Verankerung des politischen Extremismus führt. Wenn extremistische Parteien weder politisch, noch öffentlich, noch medial stigmatisiert werden, nehmen sie stärkeren Einfluss auf die gesellschaftlichen Diskurse und sorgen für die Verbreitung ihrer extremistischen Einstellungen in der Bevölkerung.

Die Signale, welche von der politischen und sozialen Bedrohung des Extremismus ausgehen, sind für den Zusammenhalt der europäischen Gesellschaften doppelt schädlich: Zum einen bleiben extremistische Positionen keine Randerscheinung, wiewohl die politische Mitte in allen europäischen Staaten gefestigt genug scheint, dass es extremistischen Bestrebungen aller Art weiterhin an Mehrheitsfähigkeit fehlen wird. Doch prägen sie im Bewusstsein vieler Menschen latente antidemokratische Einstellungsmuster und Vorurteile gegenüber den demokratischen Werten. Zum anderen löst die Polarisierung der politischen Arena feindselige Reaktionen auf Seiten der jeweils anderen Extremismusvarianten aus. Das gilt nicht nur für das Verhältnis von Rechts- und Linksextremismus. Europa am Rande autoritärer Restauration? Sicher nicht. In allen Staaten der Europäischen Union scheint die Zeit autokratisch-pseudodemokratischer Systemvorstellungen vorbei zu sein, gleichwohl noch immer erhebliche regionale Unterschiede in den Ausprägungen einer demokratischen politischen Kultur existieren. Extremistische

Parteien – egal ob hart oder weich – besitzen kein ausreichend großes Stimmen- und Sympathisantenpotenzial, um die freiheitlich-demokratischen Ordnungen der Länder zu gefährden. Totalitäre Ideologien gehören der Vergangenheit an, die von den breiten Bevölkerungsmehrheiten in allen EU-Ländern abgelehnt werden, nicht aber – und damit zur Kehrseite der Freiheit – von extremen gewalttätigen Minderheiten. Die Gefahr durch antidemokratische Parteien liegt vor allem in der verstärkten gesellschaftlichen Polarisierung, in der Verrohung des politischen Klimas und in der Relativierung der nationalen bzw. kommunistischen Geschichtsbilder. Besonders die davon ausgesandten Impulse für die militant-gewaltbereiten Szenen stellen zwar kein politisches Problem (im Sinne der Machtübernahme), wohl aber (vielerorts) eine erhebliche gesellschaftliche Bedrohung dar. Müssen Europas Demokratien also offenbar mit legalistisch agierenden extremistischen Parteien leben, kann und darf dies für politisch motivierte Gewalt – egal aus welcher Richtung – nicht gelten. Dies ist in jeder Form inakzeptabel. Die EU und die nationalen Regierungen sind (auf)gefordert, bei deren Bekämpfung sämtliche Mittel der Rechtsstaatlichkeit auszunutzen.

1 Der Beitrag stützt sich auf die Ergebnisse des vergleichend konzipierten Sammelbands Eckhard Jesse/Tom Thieme (Hrsg.): Extremismus in den EU-Staaten, VS-Verlag Wiesbaden, i.E. Nicht einbezogen werden die Kleinstaaten Luxemburg, Malta und Zypern mit weniger als einer Million Einwohner, da externe Faktoren für die Politik dieser Länder eine zentrale Rolle spielen und somit nicht vorbehaltlos für den internationalen Vergleich herangezogen werden können.

2 Vgl. das Grundlagenwerk von Uwe Backes: Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989, S. 103.

3 Quelle: Dieter Nohlen/Philipp Stöver (Hrsg.): Elections in Europe. A Data Handbook, Baden-Baden 2010, eigene Zusammenstellung.

4 Ebd., eigene Zusammenstellung.

Neuerscheinungen

Ralph Giordano:

Mein Leben ist so sündhaft lang. Ein Tagebuch

S., Köln (Kiepenheuer & Witsch Verlag)
2010, 301 19, 95 €

Die Kraft der Freiheit

Nach seinem Bruch mit der KPD im August 1957 und der Veröffentlichung seiner Abrechnung mit dem Stalinismus im April 1961 mit dem symbolisch-ironischen Titel „Die Partei hat immer recht“ eroberte sich der Holocaust-Überlebende Ralph Giordano binnen weniger Jahre einen Platz unter den wichtigsten Publizisten der Bundesrepublik. Als unermüdlich fleißiger Autor beschäftigte er sich in seinen diversen Büchern wiederholt mit der NS-Zeit – als dienstältester Mitarbeiter der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung“ hat er allen wichtigen NS-Prozessen in der Bundesrepublik beigewohnt – und erinnerte stets daran, dass die politische Gestaltung der Zukunft die Verantwortung für die konsequente Aufarbeitung der NS-Vergangenheit einschließt. Von 1961 bis 1988 arbeitete er fürs Fernsehen, zunächst für den NDR, ab 1964 für den WDR, später auch für den SFB. Als Fernsehmann mit den Schwerpunkten Nationalsozialismus, Faschismus, Stalinismus, Dritte Welt sowie benachteiligte Minderheiten hat er 38 Länder bereist und 100 Dokumentarfilme gedreht. Dabei akzeptiert er weder ideologische noch moralische Tabus. Diesen Weg zwischen den Stühlen der Macht ist er unbeirrbar weitergegangen, von dem inneren Standort der unteilbaren humanitas aus. Jetzt hat der am 20. März 1923 geborene Giordano sich und seine Zeit kritisch und selbstkritisch unter die Lupe genommen und sein Tagebuch von Geburtstag 2009 bis Geburtstag 2010 veröffentlicht, dessen Titel von Victor Klemperer stammt.

Um mit der Tür ins Haus zu fallen: der in Köln lebende Schriftsteller - weitgereist, welterfahren, stets genau hinblickend - hat ein spannendes und erhellendes Tagebuch vorgelegt. Das gilt sowohl für das breite Spektrum der vom Autor geschilderten Themen wie für seine anschauliche Schreibweise. Aus Platzgründen kann nur auf einige der wichtigsten Themenschwerpunkte des Buches eingegangen werden. Der in diesem Land so heftig geführten Einwanderungsdebatte gilt seine ganze Aufmerksamkeit. Giordano verdeutlicht, dass zunächst die Konservativen, die sich lange weigerten, Deutschland als Einwanderungsland zu betrachten, sie verschlafen haben. Intellektuell unredlich ist sie später von den

Linken und den Gutmenschen debattiert worden: Einerseits wollte man so gern ein multikulturelles Einwanderungsland haben, andererseits wollte man sich nicht den harten Herausforderungen und Entscheidungen stellen, die besonders die muslimische und arabische Zuwanderung erfordert. Jeder Ausländer war willkommen, auch wenn er keinerlei Qualifikation mitbrachte und Deutschland ihm absehbar nur ein Existenz als Empfänger von staatlichen Transferleistungen bieten konnte. Anforderungsprofile und Auswahlkriterien? Das aber erinnert die vereinte Riege der Multikulti-Illusionisten und Sozialromantiker unweigerlich an frühere Menschen-Selektion – obwohl gefestigte Demokratien wie Kanada, Australien oder die USA genau so ihre Zuwanderung steuern. Giordano nennt die Probleme hierzulande beim Namen: Parallelgesellschaften, Ausländerkriminalität, Bildungsverweigerung, Zwangsehen. Er stellt heraus, dass es in diesen Kontroversen um mehr als das Selbstverständnis dieses Landes und dieser Nation geht. Es geht im Kern um die Frage, ob wir für dieses Deutschland als Teil des Westens und der europäischen Idee, als Verbündeter der Vereinigten Staaten und Israels, weiterhin wirken wollen, oder ob wir uns der „multikulturellen Demokratie“ zuwenden, dem Kulturrelativismus. Es geht darum, ob wir weiterhin die Freiheit als Zentrum unserer Lebensweise betrachten wollen, die Gleichstellung der Geschlechter, die Selbstverantwortung der Bürgerschaft, oder ob wir uns mit der „kultursensiblen“ Transformation unserer Gesellschaft abfinden wollen, mit der Enteuropäisierung unseres Landes.

Giordano wäre freilich nicht Giordano, wenn er nicht auf seine unterschiedlich geprägten Begegnungen und Leseerfahrungen mit anderen Schriftstellern zu sprechen käme. Darunter sind Günter Kunert, Jürgen Fuchs, Peggy Parnass, Wolfgang Leonhard, Herta Müller, Wolf Biermann, Marcel Reich-Ranicki, Günter Wallraff, Ingeborg Hecht, Marko Martin, Henryk M. Broder, Arno Lustiger und Adolf Endler zu nennen, die er einfühlsam würdigt. Auch weitere Themen der Zeitgeschichte wie die Bundeswehreinmärsche in Afghanistan, Aufstände der politischen Oppositionsbewegung im Iran, Militäreinsätze der Russen in Tschetschenien oder der Einsturz des Kölner Stadtarchivs werden kommentiert. Der Völkermord an den Armeniern im türkisch-osmanischen Reich 1915/16, seine historischen Verursachungszusammenhänge, Verlauf sowie seine Folgen bis in unsere Tage, werden an mehreren Stellen kenntnisreich erörtert. Auf den Prozess gegen John Demjanjuk, den Schrecken des Vernichtungslagers Sobibor, wird eingegangen ebenso wie auf die skandalöse Verleihung des Bundesverdienst-

kreuzes an die ideologisch völlig verblendete, propalästinensische Anti-Israel-Fanfare Felicia Langer. Was Giordano umtreibt, ist die Verteidigung jener Staats- und Gesellschaftsordnung, in der er sich nach den bitteren Erfahrungen seiner Jugend in Nazi-Deutschland einzig sicher fühlt: dem demokratischen Verfassungsstaat, der parlamentarischen Demokratie. Wenn immer er den demokratischen Verfassungsstaat bedroht sieht, ob von Neonazis, gewalttätigen Linksautonomen oder von militanten Islamisten, meldet sich der streitbare Publizist zu Wort. Das Tagebuch erlaubt viele tiefe Einblicke ins Privatleben des Schriftstellers, es dürfte wohl sein privates Buch sein. Auch seine große Leidenschaft für Tiere wird geschildert, denn Giordano ist ein Tierfreund ganz eigener Prägung. Humorvoll schildert er Episoden mit Zwei- und Vierbeinern, die beweisen, dass zwischen Harmonie und Abgrund ein schmaler Grad verlaufen kann.

Fazit: Für die vielen eindringlichen Analysen und bewegenden Erinnerungen, die Ralph Giordanos flüssig geschriebenes Tagebuch vermittelt, ist der Leser diesem 87-jährigen Mann der Freiheit zu großem Dank verpflichtet.

Martin Rooney

Hermann Vinke:

Wunden, die nie ganz verheilen. Das Dritte Reich in der Erinnerung von Zeitzeugen

Mit einem Vorwort von Max Mannheimer
Ravensburg (Ravensburger Buchverlag) 2010,
192 S., 19,95 €

Kostbare Augenzeugenberichte von Verfolgten und Ausgegrenzten

Der Widerstand gegen Hitler wachse seit 1945 von Tag zu Tag, höhnte der Publizist Henryk M. Broder einmal mit Blick auf jene, die in ihrem lauten Antifaschismus stets auch die Anmaßung durchblicken ließen, sie hätten selbst in der historischen Situation des Dritten Reiches, anders als die Mehrheit, eben aufrecht und widerständig gehandelt. Vom wirklichen Widerstand gegen die Nazis hat man jedoch lange Zeit wenig wissen wollen. Eindrucksvoll hat Philipp von Boeselager, der letzte Überlebende des innersten Kreises der militärischen Widerstandsgruppe um Generalmajor Henning von Treschkow und Oberst Claus Schenk von Stauffenberg, der am 20. Juli 1944 ein Attentat auf Adolf Hitler verübte, erzählt, wie die Nachbarn auf Distanz gingen, wenn sie erfuhren, dass Boeselager den Sprengstoff für das Attentat besorgt hatte. „Verräter“ wurde getuschelt. Im historischen Rückblick gebührt dem deutschen Widerstand ein Sonderrang, denn er war der zeitlich längste und der einsamste im Resistenzspektrum der ganzen Epoche. Er wurde von der Nation nicht getragen, obwohl der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus Angehörige aller sozialen Schichten in seinen Reihen gehabt

hat. Die Täter und die Mitläufer kamen leichter in der Bundesrepublik an als jene, die im Dritten Reich gegen den Strom geschwommen waren. Aber als Korrektiv der Haltung der Mehrheit der Deutschen von damals gibt es die noch lebenden kritischen Zeitzeugen der NS-Zeit, und weder Geschichtsschreibung noch historische Quellen können ihr Erlebtes an Authentizität übertreffen. In seinem neuen Buch lässt der bekannte Publizist Hermann Vinke KZ-Überlebende, Verfolgte des Regimes und Flüchtlinge ihre Erinnerungen an die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur erzählen und bewahrt so kostbare Augenzeugenberichte vor dem Vergessen. Die jüdische Auschwitz-Überlebende Simone Veil, bis vor kurzem Mitglied des französischen Verfassungsrates, die jüdische Hochspringerin Gretel Bergmann, der Résistance-Veteran Stéphan Hessel sowie der Holocaust-Überlebende und jüngst mehrfach ausgezeichnete Historiker des nationalsozialistischen Rassenwahns Saul Friedländer kommen in Interviews und Porträts zu Wort. Vinke sprach auch mit Mietek Pemper, der im KZ-Krakow-Plaszów die Aufgabe übernimmt, die es in keinem anderen Lager gibt: Er arbeitete für den Lagerkommandanten Amon Göth als persönlicher Stenograf, Sekretär und Dolmetscher. Pemper, der als KZ-Häftling mit dem Fabrikanten Oskar Schindler zusammen gearbeitet hat, verdanken wir Schindlers Liste mit den Namen der zu rettenden Juden. Mancher Zeitzeuge hat lange gebraucht, bis er über seine schrecklichen Erfahrungen überhaupt sprechen konnte. „Was wird geschehen, wenn wir einmal nicht da sind, und wie wird die Erinnerung, unsere Erinnerung, weitergegeben werden an zukünftige Generationen?“ fragt besorgt Jack Terry, der 1930 als Jakob Szabmacher in Polen zur Welt kam und im KZ-Flossenbürg von einem Mithäftling versteckt wurde, damit er nicht am Todesmarsch nach Dachau teilnehmen muss. Auch das dramatische Schicksal des Deserteurs Ludwig Baumann wird detailliert geschildert. 1940 zur Wehrmacht eingezogen, wird er zunächst an der Kanalküste eingesetzt. Außerstande, das strikte System von Befehl und Gehorsam in der Wehrmacht zu ertragen, lernen Baumann und sein Freund Kurt Oldenburg in der Stadt Bordeaux Anhänger der Resistance kennen, beschließen, in Zivilbekleidung aus Bordeaux zu fliehen, um über Mexiko in die USA zu gelangen. Auf der Flucht werden sie von einer deutschen Zollstreife gestellt, gefangengenommen und von einem Militärgericht zu Tode verurteilt, dann aber begnadigt. Nach dem Zweiten Weltkrieg hallt es Baumann überall entgegen: „Feigling, Dreck-sack, Vaterlandverräter.“ Doch Baumann gibt nicht auf, gründet 1990 in Bremen die „Bundesvereinigung Opfer der Militärjustiz e.V.“ und kämpft um die Rehabilitierung aller deutschen Wehrmachtsdeserteure im Zweiten Weltkrieg, was dann auch 2009 erreicht wird. Sowohl den bekannten als auch den weniger bekannten Frauen des Widerstands widmet Vinke ein Kapitel. Neben Sophie Scholl wird das Leben von Cato Bontjes van Beek beschrieben, die sich der Widerstandsgruppe Die Rote Kapelle anschließt, 1942 verhaftet wird, zehn Monate in Berliner Gefängnissen ertragen und am 5. August 1943 mit 22 Jahren exekutiert wird. Catos Mutter wird viele Jahre um die Rehabilitierung ihrer Tochter kämpfen. Erst 1998 hebt der Bundestag das Todesurteil gegen Cato auf.

Am eindrucksvollsten von allen Berichten und Gesprächen im vorliegenden Buch ist für mich das Zeugnis Max Mannheimers, der uns allen als Ehrenvorsitzender des Bundes Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) bestens bekannt ist. Von den fünf Geschwistern Max Mannheimers überstehen nur der jüngere Bruder Edgar und Max Mannheimer selbst den Terror in den Vernichtungslagern. Auch Max Mannheimers Frau und seine Eltern wurden in Auschwitz ermordet. Er schreibt eindringlich über sein Ansinnen: „Ich will mein Wissen um die menschliche Brutalität, die im Dritten Reich unbeschreiblich Ausmaße angenommen hat, weitergeben. Dies soll eine Mahnung und eine Warnung sein. Es kann wieder passieren. Nicht genau so, aber ähnlich. Man könnte sagen, es geschieht schon wieder – in Ansätzen jedenfalls. Denn an vielen Orten der Welt durchleiden unschuldige Menschen Höllenqualen in den Händen sadistischer, ideologisch verblendeter Diktatoren. (...) Für mich als Überlebender hat das Buch etwas Tröstendes. Unsere Erinnerungen, das Zeugnis, das wir ablegen, wird erhalten bleiben. Es lebt weiter und wird – da bin ich ganz zuversichtlich – jüngeren Menschen Anstoß geben zu Mut und Zivilcourage.“ Max Mannheimers deutlichen Worten ist nichts hinzuzufügen. Das Buch verdient Aufmerksamkeit und Verbreitung – vor allen Dingen in unseren Schulen. *Martin Rooney*

Kai Schlüter:

Günter Grass im Visier. Die Stasi-Akte.

Eine Dokumentation mit Kommentaren von Günter Grass und Zeitzeugen
Berlin (Christoph Links Verlag) 2010, 379 S., 24,90 €

Ein Beispiel des Feindbildes der SED als Geschichts-Lesebuch

Er war zwar ein Staatsfeind, ein „Reaktionär“ und Antikommunist, aber „im Beobachtungszeitraum sauber und ordentlich gekleidet“. Major Erdmann und Oberstleutnant Eichentopf von der Staatssicherheit in Erfurt haben sich im April 1988 nicht nur negativ über das Fahndungsobjekt Günter Grass geäußert. Von 1961 bis 1989 ist der Schriftsteller bei seinen zahlreichen DDR-Besuchen vom DDR-Geheimdienst systematisch überwacht worden. Kai Schlüter, Feature-Redakteur beim Nordwestradio von Radio Bremen, hat in zweijähriger Arbeit die etwa 700 Seiten starke Stasi-Akte aus dem DDR-Ministerium für Staatssicherheit und weitere 1500 Seiten, auf denen der Schriftsteller unter seiner Fahndungsnummer 217 327 auftaucht, systematisch untersucht, die das ganze Ausmaß der Bepitzelung offen legen. Aus dieser Lektüre entstand dann die beeindruckende Dokumentation. Darin ordnet Schlüter die Aktivitäten des Schriftstellers und seine Bepitzelung in fünf Zeitabschnitte ein und ergänzt sie durch eine

umfangreiche Wiedergabe der Überwachungsberichte sowie des Schriftverkehrs innerhalb des Stasi-Apparats zum Objekt „Bolzen“, so der Deckname von Grass. Breiten Raum gibt Schlüter auch jenen, allen voran Günter Grass, die von der Stasi beobachtet wurden und die Aussagen in den Akten kommentieren. Diese Kommentare sind nötig, weil in diesen geheimen Unterlagen eine gefilterte Sicht der Wahrheit nachzulesen ist, weil Vermutungen und Wichtigtuereien von Informellen Mitarbeitern der Stasi gelegentlich zu Tatsachen werden. Dabei gelingt es Schlüter freilich nicht, alle Opfer und Spitzel zu Stellungnahmen zu bewegen. Einige ehemalige Zielobjekte wie die Schriftsteller Hans Joachim Schädlich oder Frank-Wolf Matthies wollen 20 Jahre nach dem Ende des Spitzelstaates mit dieser Vergangenheit nichts mehr zu tun haben. Frühere Stasi-Zuträger wie Hermann Kant, Mitglied im ZK der SED und Präsident des DDR-Schriftstellerverbandes, oder Manfred Wekwerth, der langjährige Präsident der DDR-Akademie der Künste, wollten sich nicht rechtfertigen. Kant und Wekwerth, vor allem aber der frühere Reclam-Verleger Hans Marquardt und der 2007 aus dem Leben geschiedene Bruder des Schriftstellers Hans-Joachim Schädlich, Karlheinz, waren, so weist der vorliegende Band schlüssig nach, für die Stasi die Hauptinformanten in Sachen Grass. Seitdem Günter Grass im August 1961 gegen Zensur und Mauerbau bei der DDR-Staatsführung scharf protestierte, galt er dort als „Provokateur“. Grass war zwar ein Kritiker der seiner Meinung nach restaurativen Adenauerregierung im Westen, doch der überzeugte Sozialdemokrat ließ sich niemals von der SED vereinnahmen. Immer wieder half er drangsalieren ostdeutschen Schriftstellerkollegen. Völlig entsetzt registrierte die Stasi am 19. Februar 1964, dass Grass nun „voll und ganz die Linie von Brandt“ vertrete. Neben den Mauerprotesten ärgerte die SED-Führung besonders das Theaterstück „Die Plebejer proben den Aufstand“. Wie aus den Akten hervorgeht, versuchte die Stasi mit allen Mitteln, die im Januar 1966 am Westberliner Schiller-Theater geplante Uraufführung des Stücks über den Volksaufstand des 17. Juni 1953 und das Versagen Bertolt Brechts zu verhindern – vergebens. Ein Stasi-Bericht vom 3. Januar 1966 kritisierte an dem Drama, „dass es politische Angriffe gegen die DDR enthält. So werden Ereignisse des 17. Juni aus westlicher Sicht rekonstruiert“. Immer wieder führte Grass' Versuch eines deutsch-deutschen Brückenschlags zu brenzligen Situationen. Junge, von Grass geförderte Autoren wie Lutz Rathenow oder Frank-Wolf Matthies in Ostberlin wurden 1980 verhaftet, gegen Grass wurde, nicht zum letzten Mal, ein Einreiseverbot in die DDR verhängt. Doch das ließ sich nicht einfach so durchhalten. Am 8.

September 1983 kritzelte Erich Mielke auf einen ministeriellen Vorgang: „Einverstanden mit Einreise“. Die SED und ihre Literaturpolizisten mussten es sich gefallen lassen, dass der westdeutsche „radikale Egozentriker“ Grass und „andere unerfreuliche Typen“, wie die Stasi berichtete, öffentlich an den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR und in den anderen Ländern des Ostblocks Kritik übten. Grass war nun geschützt durch seine weltweite Popularität, weitere Einreiseverbote hätten der DDR noch mehr negative Publizität eingebracht.

Statt dessen setzte die Stasi lieber auf eine lückenlose Überwachung und penible Vorbereitung von Lesungen, die Grass ab 1986 in der DDR abhalten konnte. Die Organisation dieser Überwachung spottet, wie die einschlägigen Dokumente der Jahre 1988 und 1989 für Grass-Reisen nach Hiddensee und Rügen ausweisen, jeder Beschreibung, der personelle und logistische Aufwand war geradezu irrsinnig umfangreich. Allerdings war Grass weder in Westberlin noch in der Bundesrepublik Ziel systematischer Bespitzelung – da reichten der Stasi fein säuberlich ausgeschnittene Artikel aus westdeutschen Zeitungen. Kai Schlüters Geschichts-Lesebuch ist zuverlässig gearbeitet. Der Leser kann darin die Funktionsmechanismen einer totalitären Überwachungsdictatur genau studieren. Es zeigt den politischen Schriftsteller Günter Grass von seiner sympathischsten Seite: als Wortführer der Freiheit, als einen, der für andere eintritt und Verfolgten hilft.

Martin Rooney



*Unseren Lesern,
Freunden und Mitgliedern
wünschen wir eine
erholsame Adventszeit,
ein schönes Weihnachtsfest
und ein gesundes
neues Jahr!*

HERAUSGEBER UND REDAKTION